

**Thomas Wimmer –**

**Volksbürgermeister mit untrüglichem Gespür für Geschichte und Originalität der Stadt**

Zum Abschied aus dem Amt am 30. April 1960 zeichnete Münchens Karikaturist Ernst Maria Lang für Thomas Wimmer eine Hommage besonderer Art: Inmitten von Trümmerhaufen, im Hintergrund die welschen Hauben der Frauenkirche, steht er breitbeinig und zupackend da, lächelt verschmitzt, die Schaufel über die Schulter geschwenkt und deutet mit der rechten Hand auf seine Weste. „A Leb'n lang Dreckarbeit – und trotzdem a weiße West'n!“ lautet die Unterschrift. Sie verdeutlicht zugleich, wie die Münchnerinnen und Münchner „ihren“ Wimmer Dammerl gesehen haben: unbestechlich, praktisch, zupackend und volksnah - als populären Stadtpolitiker eben ohne Fehl und Tadel.

Noch heute attestieren ihm jene, die ihn als Oberbürgermeister persönlich noch erlebt haben, er habe „wie ein treu sorgender Hausvater“ für die Stadt gearbeitet, so zum Beispiel Richard Süßmaier. Bodenständigkeit und Gradlinigkeit hätten ihn ausgezeichnet sowie ein ausgeprägter Sinn für Gerechtigkeit und eine vorbehaltlose Bereitschaft, das bittere Los der „kleinen Leute“ zu erleichtern. „Rama dama“ – Wimmers populäre Losung für Münchens berühmte Schutträumaktion im Jahr 1949 – verdichtete sich zur Metapher für die Befreiung Münchens von Schutt und Lasten der NS-Zeit und für den schwierigen Wiederaufbau nach 1945. „Wenn der Dreck nicht wegkommt, kann doch keiner dran denken, irgendwo wieder aufzubauen“, äußerte Wimmer dazu in einem Rundfunkgespräch im September 1960<sup>1</sup>. Untrennbar ist Wimmers Name mit dem Wiederaufbau der in Schutt und Asche liegenden Stadt verbunden, und noch heute zehrt München von seinem untrüglichen Gespür für den besonderen Charakter der Stadt, ihrer Geschichte und Originalität. „Dass die Stadt im Kern ihr gewachsenes Bild weitgehend bewahrt hat, ist jenen Weichen zu verdanken, die er in seiner Amtszeit gestellt hat.“<sup>2</sup>

Wimmers sprichwörtliche Popularität wirkt bis heute nach und wird in zahlreichen Anekdoten dokumentiert, die über seine Sparsamkeit, seine Sitzungsleitung und den Umgang mit Gästen der Stadt erzählt werden. Bis heute kursieren seine valentinesken Sprüche, in denen sein hintersinniger Humor aufblitzt und seine Begabung für Situationskomik, aber auch eine leicht verletzbare Gefühlswelt sichtbar wird. „Man kann als Parlamentarier auch in kürzeren Atemzügen reden“, ließ er verlauten, oder „ein Stadtratsmitglied soll eine saubere Weste haben und innerhalb und außerhalb des Stadtrats ein Benehmen an den Tag legen, dass nicht

jeder seine dreieckigen Stiefel an seiner Hose abputzen kann“. Ludwig Schmid, Stadtratskollege Wimmers und Jurist, hat solche Sprüche festgehalten und veröffentlicht.<sup>3</sup> Manch amüsante Situation macht er uns Heutigen damit lebendig: „Nichts gegen die Volljuristen, Herr Kollege, schließlich sind wir auch keine Deppen gewesen“ (1961), noch so ein Spruch, der etwas über die eigene Befindlichkeit aussagt.

Als Thomas Wimmer 1960 als 73-Jähriger von der politischen Bühne abtrat, war er 23 Jahre lang Mitglied des Münchner Stadtrates gewesen, von 1924 bis 1933 und von 1945 bis 1960. In insgesamt 15 Jahren als Münchner Bürgermeister, davon 1945 - 1948 als dritter bzw. zweiter Bürgermeister und ab 1948 bis 1960 als Oberbürgermeister, bewies er seine herausragenden Qualitäten als Kommunalpolitiker und Verwaltungsfachmann.

Es wäre jedoch verkürzt wahrgenommen, in Wimmer nur den erfahrenen Kommunalpolitiker und das volkstümliche Stadtoberhaupt zu sehen. Sein Lebensweg wurde wesentlich geprägt durch sein frühes und anhaltendes gewerkschaftliches Engagement sowie die Jahrzehnte währenden Führungsfunktionen in der SPD. Diese „Schule des Lebens“ vermittelte ihm jene notwendigen Qualifikationen und trainierte Fähigkeiten, die er, das ledige Arbeiterkind, über die gängigen Schul- und Bildungswege nicht erreichen konnte. Wimmer selbst sah den Zusammenhang von seinem gewerkschaftlichen Engagement und seiner späteren kommunalpolitischen Leistung. 1960 gefragt, was ihm das Vertrauen gegeben habe, das Oberbürgermeisteramt gut zu schaffen, antwortete er: „Wenn ich nicht durch die Schule der Gewerkschaften gegangen wäre und nicht von 1924 bis 1933 Mitglied des Stadtrats gewesen wäre, dann hätte ich vielleicht versagt.“<sup>4</sup> Mit Fug und Recht gilt Wimmer uns heute als ein bedeutender Repräsentant der bayerischen Arbeiterbewegung. Diese Einordnung schließt Wimmers zwölfjährige Tätigkeit als Bayerischer Landtagsabgeordneter - von 1946 bis 1958 - sowie seine Mitgliedschaft im Vorbereitenden Verfassungsausschuss und in der Bayerischen Verfassunggebenden Landesversammlung im Jahr 1946 mit ein. In diesen parlamentarischen Aufgaben war sein Blick ebenfalls auf die Stadt München, auf die Belange von Großstädten insgesamt und auf die Lebenslage der arbeitenden Menschen gerichtet.

### **Kind armer Eltern und auch noch ledig geboren - was konnte der Bub schon werden?**

Am 7. Januar 1887 brachte die Magd Anna Wachinger im kleinen Dorf Siglfing nahe Erding einen Buben auf die Welt. Der Vater des Kindes, Ferdinand Wimmer, Geselle beim Bauerschmied in Erding, verdiente ganze 19 Mark die Woche. Vater und Mutter des kleinen

Thomas konnten an Heirat und die Gründung eines eigenen Hausstandes zunächst nicht denken. So sorgten Zieheltern in den ersten fünf Lebensjahren für den Buben. Unter Tränen - so berichtete Wimmer später - habe seine Mutter an Lichtmess ihren jährlichen Verdienst von 120 Mark „restlos auf den Tisch der Erziehungseltern legen müssen“<sup>5</sup>. 1892 konnten die Eltern dann endlich heiraten; die Verhältnisse freilich blieben ärmlich. Das Arbeitseinkommen des Vaters, aufge bessert durch Putz- und Wascharbeiten der Mutter, war für die auf sechs Personen angewachsene Familie zu knapp.

Der kleine Thomas fiel seinen Lehrern und dem Pfarrer als hochbegabtes Kind auf. Er durfte ministrieren und es wurden sogar „Anstalten getroffen, ihn zum Studium und zwar zu einem Ordensstudium zu bringen“<sup>6</sup>. Gemeint war wohl der Besuch eines klösterlichen Gymnasiums mit anschließendem Theologiestudium. Doch der „Makel der unehelichen Geburt“ verschloss diesen Weg, denn die moralische Missbilligung galt damals Mutter und Kind gleichermaßen. Diese Kränkung hat Thomas Wimmer zeit seines Lebens nicht vergessen und oft darüber gesprochen. Sie habe ihm gezeigt, so formulierte er einmal bei einer städtischen Einladung, „dass gesellschaftliche Schranken vor Fähigkeit und Leistung zählen“<sup>7</sup>. Als Oberbürgermeister konnte er aber auch selbstbewusst und humorvoll damit umgehen. Beim Empfang anlässlich des liturgischen Kongresses im Spätsommer 1955 ließ er die versammelten Äbte und Bischöfe wissen: „Wenn i net a Kind der Liebe gwesen war, wär i heut einer von euch.“ Vorsichtshalber fügte er noch hinzu – wie Stadtrat Ludwig Schmid mitnotiert hatte – „wahrscheinlich“.<sup>8</sup>

In der Erdinger Sonntagsschule (also im zusätzlichen Unterricht der Kinder nach dem Sonntagsgottesdienst) habe der spätere Geheimrat Martin Irl sein zeichnerisches Talent entdeckt, gefördert und ihm zu einer Holzbildhauerlehre geraten, erzählte Wimmer.<sup>9</sup> Eine Lehrstelle dafür wurde in Freising gefunden, allerdings für 200 Mark Lehrgeld, von den Eltern bereits im ersten Jahr an den Meister zu zahlen. Die begonnene Ausbildung scheiterte früh an der Armut der Eltern. Als der Vater nach vier Monaten das fällige Lehrgeld nicht zahlen konnte, wurde das Lehrverhältnis wieder aufgelöst und der Bub musste nach Hause.

Ein gangbarer Ausweg blieb dann eine Lehre beim Strohmeier-Schreiner in Erding. Der Lehrmeister - nebenher Organist und Bassist - ließ die Harmonie in der Werkstatt vermissen, war leicht reizbar, ja sogar gewalttätig. Thomas Wimmer hat ihn rückblickend milde als einen „etwas unglücklichen Menschen“ bezeichnet. Die Situation richtig einschätzend, dürfte ihm

sein Vetter Lorenz Wimmer in München deshalb nicht zufällig angeboten haben „wenn du es gar nicht mehr aushalten kannst, gell, dann schiebst ab, kommst zu mir, ...“<sup>10</sup>. Dennoch hielt der Lehrbub durch, machte die Gesellenprüfung mit Auszeichnung, jeweils Note 1 in Theorie und Praxis – wie das Prüfungszeugnis vom 21. Juli 1903 belegt. Mit stolzem Unterton beschreibt Wimmer auch 1960 noch sein Gesellenstück: eine dreiteilige Waschkommode, Nussbaum furniert, alles mit der Hand gearbeitet.<sup>11</sup>

Doch dann hielt ihn nichts mehr beim Strohmeier-Schreiner in Erding. Am 15 August 1903 türmte der frischgebackene Geselle „bei Nacht und Nebel“ nach München zu seinem Vetter Lorenz Wimmer, der in Thalkirchen, in der Münchner Straße 15, ein Fuhrunternehmen betrieb. Schon zwei Tage später fand er Arbeit bei der Möbelfabrik Schlütter in Sendling. Die Arbeit passte, und gleich in der ersten Woche bekam er 17,50 Mark Lohn. An Weihnachten habe er 75 ersparte Goldmark der Mutter überreicht, wie sich Wimmer zeitlebens erinnerte. So hätte es weitergehen können. Doch im Frühjahr 1904 sank die Auftragslage im Betrieb, der Letzteingestellte musste wieder entlassen werden. Die allgemeine Arbeitslosigkeit in München ließ den Siebzehnjährigen einen Ausweg in der Walz suchen. Übers Schwäbische erreichte Wimmer St. Gallen und fand gute Arbeit. Doch weil der junge Mann nach vier Monaten immer noch nicht den Heimatschein - die Bestätigung des absolvierten Militärdienstes - der Ortspolizei vorlegen konnte, probierte er es in Winterthur, also in einem anderen Kanton. Immer noch fehlte der Heimatschein, da half auch seine gute Arbeitsleistung nichts, Wimmer musste nach München zurück. Im November 1904 kam er bei der Kunstschreinerei Bertenbreiter unter; Münchens vornehme Häuser kauften da ihre Möbel. Bis zum Kriegsbeginn im August 1914 fand er hier fachlich anspruchsvolle Arbeit und eine stabile berufliche Existenz. „Sie können was, sind zuverlässig nach jeder Richtung und bei der Kundschaft gefällig“, habe das Lob des Meisters gelautet, der ihm nach Darstellung Ehbauers sogar die Geschäftsführung angeboten hatte.<sup>12</sup>

Dieses Lob fügt sich ein in Wimmers Bild aus diesem Jahrzehnt: fleißig, strebsam, grundsolide und zäh baute er sich eine bescheidene Existenz auf. Sein Berufseinkommen besserte er durch Schreinerarbeiten in der Freizeit auf. Ab 1909 zielte er auf einen eigenen Hausstand mit der Gastwirtstochter und Damenschneiderin Therese Kumminger, sparte dafür und schreinerte die Möbel für die spätere gemeinsame Wohnung. Als die beiden am 6. September 1913 heirateten und die Frau als selbständige Schneidermeisterin eigens verdiente,

schiene die kleinbürgerlichen Verhältnisse des Handwerkerhepaares für die Zukunft bestens geordnet.

### **Lehrjahre eines Politikers**

Am 21. Juli 1913 erwarb Wimmer vom Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt München gegen Zahlung von 65 Mark und 7,10 Mark Schreibausslagen das Münchner Heimat- und Bürgerrecht. Jetzt war er Münchner Bürger und gehörte zu jenen knapp 60 000 von rund 600 000 Einwohnern der Stadt, die Inhaber des kommunalen Wahlrechts waren. Seit seinem ungewissen Start als Schreiner Geselle in Sendling waren gerade zehn Jahre vergangen, Jahre, die sich im Rückblick als Lehrjahre eines Politikers bezeichnen lassen. Wimmer nutzte die mannigfaltigen Gelegenheiten, die sich in der Stadt boten, um seine Talente zu entfalten und seinem Betätigungsdrang Raum zu geben.

Im „Dramatischen Verein Thalkirchen“, einer Laienbühne, erprobte Wimmer sein „Naturtalent als Volksschauspieler“<sup>13</sup> und übte wohl auch den altmünchnerischen Coupletgesang ein, der ihm ein Politikerleben lang Sympathie und Beifall einbrachte. Noch als 75-Jähriger imponierte er beim Salvatorantritt 1962 mit seinem gekonnten Vortrag des Liedes „Wenn ma koa' Geld net hat und is net schö', kann's oam auf dera Welt niemals guat geh'“; die Schallplattenaufnahme von damals beweist, in welcher guten Volkssängertradition Wimmer mit seinem Vortrag stand und wie rauschend dafür der Beifall war.

In diesen Jahren erwachte auch Wimmers politisches Denken. Wie bei vielen anderen Repräsentanten der Arbeiterbewegung dieser Zeit führte auch bei ihm die erlebte Benachteiligung aufgrund der Herkunft zu gewerkschaftlichem und politischem Engagement. 1907 trat der zwanzigjährige Handwerker in den Deutschen Holzarbeiter-Verband (DHV) ein, nahm rege an dessen Versammlungen und Kundgebungen teil und nutzte die gewerkschaftlichen Bildungsangebote ebenso wie später die des sozialdemokratischen „Arbeiterbildungsvereins Vorwärts“. Bereits vier Jahre später, 1911, wählten ihn seine Gewerkschaftskollegen als Vertrauensmann in die Bezirksversammlung des DHV und ein Jahr später sogar zum Bezirksdelegierten, womit er zur Führung der Münchner Gewerkschaften gehörte. Die Mitglieder des DHV sahen also in Wimmer nicht nur einen der ihren, sondern sie vertrauten auf seine Einsatzbereitschaft und Durchsetzungsfähigkeit. Mehr und mehr gehörten fortan die Abende des jungen Mannes der Gewerkschaftsarbeit, „was

angesichts seiner täglichen Arbeitsleistung und der weiterhin uneingeschränkten Freizeitarbeit sicher ein Beweis für seine Energie ebenso wie für seine Robustheit ist“<sup>14</sup>.

Eben diese Energie und Robustheit brauchte Wimmer ein weiteres Mal, als er im Januar 1911 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beitrug und sich sofort zu engagieren begann. Seine Tagebücher belegen, wie zeitintensiv seine Mitgliedschaft rasch wurde. Er nahm an den Versammlungen der SPD-Sektion Thalkirchen teil, der er räumlich zugeordnet war, trug Stimmzettel aus und half auch sonst eifrig als Wahlhelfer mit; für solchen Einsatz findet man später das Wort „Parteibasisarbeit“. Noch während des Krieges, wahrscheinlich 1917, wird er Vorsitzender der Sektion.

Wimmer hatte den Beitritt zur SPD wohl erwogen. Er habe bei verschiedenen Parteien Umschau gehalten, erinnerte er sich 35 Jahre später, empfand aber letztlich, „dass ich in der Sozialdemokratie die bedeutsamste Interessensvertretung meiner Gruppe finden konnte“<sup>15</sup>. Der junge Mann schloss sich der von Georg von Vollmar und Erhard Auer geprägten bayerischen Sozialdemokratie an, die bereits vor 1914 deutlich auf einen parlamentarisch-pragmatischen Weg ausgerichtet war und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse mit schrittweisen Reformen zu verbessern trachtete. Dieser realpolitische Kurs wurde der Münchner SPD bei Wahlen eindrucksvoll bestätigt. So erreichten die Sozialdemokraten 1911 im Gemeindebevollmächtigtenkollegium, das die Interessen der Bürgerschaft und der einzelnen Stadtteile zu vertreten hatte, bereits 19 Sitze des 60-köpfigen Gremiums. Am 14. Dezember 1914 wurde sie mit 22 Sitzen sogar dessen stärkste Fraktion vor den Liberalen (18 Sitze) und dem Zentrum (17).

Wimmers spätere kommunalpolitische Leidenschaft, die speziell der Haushaltspolitik galt, zeichnet sich bereits vor 1914 ab; als Zuschauer verfolgt er von der Rathaustrübüne aus Haushaltsberatungen des Magistrats. Die Befassung mit konkreten sozialen und politischen Fragen ergab sich zwangsläufig für ihn als Gewerkschafter und Sozialdemokrat.

## **Krieg**

Nach eigenem Zeugnis vermochte Wimmer die allgemeine Kriegsbegeisterung im August 1914 nicht zu teilen. Nach mehreren Musterungen war er 1909 schließlich aus gesundheitlichen Gründen der Ersatzreserve zugeteilt worden. Der Ersatzreservist Wimmer bekam dennoch schon am vierten Kriegstag, am 5. 8., den Gestellungsbefehl zum bayerischen

8. Infanterieregiment nach Metz. Hier in der Etappe machte er bis 1916 Wach- und Kasernendienste und konnte sogar seine handwerklichen Fähigkeiten einsetzen. Weil die Rüstungsproduktion nochmals ausgeweitet wurde und wohl dank der Hilfe alter Gewerkschaftskollegen gelang es Wimmer im Herbst 1916, als „Betriebssoldat“ von der Münchner Artilleriewerkstätte in Freimann angefordert zu werden. Zurück in München, nahm Wimmer seine ehrenamtliche Tätigkeit in der Ortsverwaltung des DHV sowie beim Gewerkschaftsverein München alsbald wieder auf und wurde (nach heutiger Bezeichnung) Betriebsrat in der Artilleriewerkstätte. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom Dezember 1916 erlaubte Arbeitsausschüsse, also Arbeitnehmervertretungen, in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern, deren Mitglieder von den Beschäftigten gewählt wurden. Wimmers Kollegen wählten ihn zudem als Vertrauensmann in den Münchner „Arbeitsausschuss“, eine Dachorganisation aller Arbeitnehmervertretungen.

Es ist diese Funktion, der Wimmer verdankt, in den Tagen des revolutionären Gährens Anfang November 1918 in die Verhandlungen der beiden Sozialdemokratischen Parteien über einen gemeinsamen Kurs und darüber, was mit dem schwankenden Staat geschehen sollte, einbezogen zu sein. Bekanntlich hatte sich 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) von der SPD abgespalten, die fortan Mehrheitssozialdemokratische Partei (MSPD) hieß. Als Vertrauensmann beteiligte sich Wimmer nachweislich an dem vergeblichen Versuch, eine Einigung von MSPD und USPD zu erreichen, denn unter ihrem Streit würden „die Arbeiterinteressen ungeheuer zu leiden haben“<sup>16</sup>.

Am 8. November, einen Tag nach der Ausrufung des Freistaates Bayern durch Kurt Eisner (USPD), bildete sich in der Artilleriewerkstätte mit ihren 6 300 Beschäftigten - wie in anderen Großunternehmen auch - spontan ein Arbeiter- und Soldatenrat. Wimmer selbst, „jedem politischen Radikalismus abhold und ganz auf der Linie der gemäßigten Mehrheitssozialdemokraten eingeschworen“<sup>17</sup>, wurde zu dessen Vorsitzendem bestimmt. Diese Wahl bestätigte nicht nur Wimmers Führungsfähigkeit und Durchsetzungsvermögen, sondern auch sein rhetorisches Talent, sich mit einer Rede Autorität zu verschaffen, denn die aufgepeitschte Stimmung der Straße schwappte in die Betriebe hinein. Später sagte Wimmer, es habe Mut dazu gehört, womit er darauf anspielte, dass er zusammen mit der Betriebsleitung Ausschreitungen verhindern konnte<sup>18</sup>.

Um die Jahreswende 1918/19 bestimmten die Münchener Arbeiter- und Soldatenräte Wimmer sogar zum Vorsitzenden des Münchner Arbeiterrates. Vermutlich hofften sie, er würde mit seiner ausgleichenden Art die inzwischen zerstrittenen Gruppen zu effektiver Arbeit zusammenführen<sup>19</sup>. Bezeichnenderweise wurde sein Stellvertreter ein Gefolgsmann Gustav Landauers, des Literaten und Volksbeauftragten in der zweiten Münchner Räterepublik 1919. Was Wimmer als einen an parlamentarischen Strukturen orientierten Mehrheitssozialdemokraten dazu motiviert hat, eine dominante Führungsaufgabe in der sich bildenden Münchner Räteformation zu übernehmen, ist nur spekulativ zu beantworten. Immerhin war keineswegs absehbar, dass die Aktivitäten des Münchner Arbeiterrates im Grunde „unwesentlich und episodenhaft“<sup>20</sup> bleiben würden. Bemerkenswerterweise hat sich Wimmer ja auch später - in der Phase der Radikalisierung des politischen Lebens nach dem Mord an Kurt Eisner am 21. Februar 1919 - zurückgezogen und es abgelehnt, in der ersten Münchner Räterepublik (März-April 1919) eine Funktion zu übernehmen. Vermutlich sah er noch im Januar 1919 eine besondere Chance für die Durchsetzung sozialer Forderungen, die ihm als Gewerkschafter sehr wichtig waren. Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft blieb für Wimmer ein Angelpunkt seines politischen Denkens. Dies belegt mehr als 25 Jahre später eine kurze Kontroverse zwischen ihm und Wilhelm Hoegner im Vorbereitenden Verfassungsausschuss vom 16. April 1946. Hoegner hatte in seinem Verfassungsentwurf für Arbeitnehmer „bei allen wirtschaftlichen Unternehmen ein Mitspracherecht in den sie berührenden Angelegenheiten“ vorgesehen. Wimmer hielt diese Festlegung für ungenügend und plädierte für „ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an Stelle eines bloßen Mitspracherechtes“; der Ausschuss und später auch die Verfassunggebende Versammlung folgten ihm.<sup>21</sup>

### **Vom Handwerker zum Verwaltungsbeamten**

Das Jahresende 1918 brachte Wimmer einen beruflichen Wechsel: Aus dem Handwerker wurde der Verwaltungsbeamte. Wie andernorts, so auch in München, hatten gegen Ende des Krieges Gewerkschaften und Arbeitgebervertreter Verabredungen zur Bewältigung des erwarteten großen wirtschaftlichen Umbruchs und der Massenarbeitslosigkeit getroffen. Auch eine Reorganisation von Berufsberatung und -vermittlung durch das Arbeitsamt gehörte zu dieser Vereinbarung und dass die einzelnen Gewerkschaften aus ihren Reihen dafür Leute zur Verfügung stellen sollten. Thomas Wimmer wurde vom DHV benannt, als Fachberater ins Städtische Arbeitsamt zu wechseln. Noch im November schied er deshalb aus der Artilleriewerkstätte aus und trat am 29. November 1918 seinen Dienst als

Vermittlungsbeamter für holzverarbeitende Berufe an. Eine turbulente Zeit erwartete ihn auch hier: Schlangen von Arbeitssuchenden, mitunter Demonstrationen von Erwerbslosen, großer Unmut und entschieden viel zu wenige offene Stellen. Mehr oder weniger blieb dies auch sein Berufsalltag in den kommenden vierzehn Jahren seiner Tätigkeit im Münchner Arbeitsamt, bis zu seiner vom NS-Staat erzwungenen Entlassung am 27. September 1933 nach dem neuen Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Sein beruflicher Alltag ließ Wimmer hautnah die dramatisch wechselnden Wirtschaftslagen erleben sowie die damit einhergehenden Arbeitslosenprobleme und das damit verbundene Elend der Betroffenen. Mit Gewissheit schärften diese Erfahrungen sein Gespür für die Not der „kleinen Leute“.

Auch in Wimmers Privatleben spiegeln sich die Wirrnisse der ersten Jahre der Weimarer Republik wider. Nach der Währungsumstellung blieben ihm vom Ersparten mit immerhin mehr als 57 Billionen Reichsmark lediglich 57 Mark in neuer Währung. Doch weit schlimmer als der Verlust des mühsam Ersparten traf Wimmer die unheilbare Krankheit seiner Frau. Erschüttert berichtet er noch am Ende seines Lebens von ihrem unbarmherzigen Schicksal und ihrem frühen Tod als erst 38-Jährige im Jahr 1937. Erste schwere Krankheitssymptome waren schon 1920 aufgetreten, 1921 erbrachte dann eine Untersuchung die Gewissheit, dass es Multiple Sklerose war. Nicht zuletzt seiner kranken Frau wegen - die bisherige Etagenwohnung wäre für sie zum „lebenslänglichen Gefängnis“<sup>22</sup> geworden - entschloss sich Wimmer unter größten finanziellen Anstrengungen zum Bau eines bescheidenen Hauses im Kleinsiedlungsgebiet Neu-Harlaching. Bis zu seinem Tode blieb er darin wohnen.

### **Parteivorsitzender in jungen Jahren**

Das Ergebnis der ersten Kommunalwahl am 15. Juni 1919 muss für Wimmers Partei, die MSPD, sehr verstörend gewesen sein. Es zeitigte auch innerparteiliche Konsequenzen. Gerade einmal 18,8 Prozent und zehn Sitze erreichte sie in München. Ihre sozialdemokratische Konkurrentin, die USPD, hingegen wurde mit 31,9 Prozent und 16 Sitzen stärkste Kraft im neuen Münchner Stadtrat, was sie Jugendlichen und Frauen verdankte, wie die MSPD-eigene Zeitung, die Münchner Post, tags darauf kommentierte. Beide Parteien zusammen verfügten jedoch mit 26 Sitzen über die Mehrheit im Stadtrat, die sie für die Wahl des ersten sozialdemokratischen Oberbürgermeisters nutzten. Es wurde Eduard Schmid, ein kommunalpolitisch sehr erfahrener Mehrheits-Sozialdemokrat.

Die Generalversammlung der MSPD tagte keine sechs Wochen später, am 31. Juli 1919, und verständigte sich auf einen neuen Vorsitzenden. Der bisherige Vorsitzende Joseph Hoffmann wollte sich, wie es hieß, auf seine Stadtratstätigkeit konzentrieren. Dies könnte eine schonende Sprachregelung für den unabweisbaren Wechsel in der Führung gewesen sein. Offensichtlich hatte sich Thomas Wimmer inzwischen genug Reputation und Vertrauen innerhalb der MSPD erworben, denn er wurde „durch Zuruf“ gewählt. Wie sein Biograf Helmut Hanko hervorhebt, war mit dem MSPD-Vorsitz vor allem die organisatorische Führung der damals 16 000 Mitglieder starken Münchner Partei verbunden.<sup>23</sup> Dafür war Wimmer zweifellos der richtige Mann: begabt mit großem organisatorischen Geschick, auf Ausgleich bemüht, die Finanzen stets fest im Blick und persönlich überaus belastbar. Die von ihm zu leistende Managementaufgabe für die Partei war enorm zeitintensiv und ehrenamtlich zu leisten. Beispielsweise führte Wimmer laut Geschäftsbericht vom 1. April 1921 bis 31. März 1922 den Vorsitz bei 35 Parteisitzungen, 22 öffentlichen Veranstaltungen und fünf Vollversammlungen. Die Mai- und Revolutionsfeiern verlangten zudem seinen Einsatz. Im gleichen Zeitraum nahm er außerdem als Gewerkschaftsfunktionär an 84 einschlägigen Veranstaltungen teil.<sup>24</sup>

Für Wimmer selbst waren die frühen zwanziger Jahre eine schwere politische Lehrzeit, musste die SPD doch phasenweise - wie im Jahr 1923 - unter geradezu bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen tätig sein: kommunistischen Störversuchen Anfang des Jahres 1923 folgte am 1. März ein nationalsozialistischer Überfall auf die Redaktion der Münchner Post. Kundgebung und Feier zum 1. Mai wurden von Nationalsozialisten gestört und im Herbst mehrmals die Münchner Post verboten. Rückblickend erscheint der Vorsitzende Thomas Wimmer für seine Partei als Fels in der Brandung, der mit wenigen Einsatzwilligen die Aktionsfähigkeit der SPD in stürmischer Zeit erhielt und ihr in den wetterwendischen Zeiten der Weimarer Republik mit deren häufigen Wahlkämpfen, den bitteren politischen Konflikten sowie dem Auf und Ab an Wählerzustimmung (1919 am absoluten Tiefpunkt 16,6 %, 1928 32,6 %) Durchhaltevermögen und Optimismus gab. Ohne Zweifel, Funktionäre und Mitglieder wussten sich bei ihrem Vorsitzenden in guten Händen. Ein Beweis dafür ist Wimmers jährliche Wiederwahl durch die Generalversammlung bis 1933, als die Partei von den Nationalsozialisten verboten wurde.

### **"Lehrbub" in der SPD-Fraktion**

Die Kommunalwahl vom 7. Dezember 1924 verteilte die Kräfte im Münchner Rathaus neu.

Nur 25,4 Prozent und damit 13 Stadtratsmandate erhielt die seit 1922 wiedervereinigte SPD. Thomas Wimmer erhielt eines dieser Mandate; bei der Kommunalwahl 1919 hatte er noch auf einem aussichtslosen Listenplatz auf Wunsch der Partei kandidiert. An eine Wiederwahl von Eduard Schmid als Oberbürgermeister war somit nicht zu denken. Das bürgerliche Lager wählte mit seiner neugewonnenen Mehrheit Karl Scharnagl, den bisherigen Fraktionsvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei (BVP), zum neuen Oberbürgermeister.

Der neue Stadtrat Wimmer fand sich mit seinen Fraktionskollegen auf den Oppositionsbänken wieder; sie mussten damit rechnen, dass sich die Konflikte zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien im Rathaus weiter verschärften. Symptomatisch für diese - durchaus von „unüberbrückbaren weltanschaulichen Gegensätzen“ gespeisten - Konflikte<sup>25</sup> war der sogenannte „Flaggenstreit“. Oberbürgermeister Scharnagl ließ - von Ratsbeschlüssen abgesegnet - am Rathaus und anderen öffentlichen Gebäuden die Schwarz-Weiß-Roten Fahnen des Kaiserreichs hissen. Diese demonstrative Distanzierung von der Weimarer Republik mussten die Sozialdemokraten als schiere Provokation empfinden, zumal sie sich mit eben diesem Staat identifizierten.

„Ich habe von 1925 bis 1927 eigentlich nur den Lehrbuben in unserer Fraktion gemacht, um in die Internas hineinzukommen.“<sup>26</sup> So recht kann man diese Aussage Wimmers nicht glauben, auch wenn für den Stadtratsneuling so mancher Sachverhalt neu und gewisse politische Abläufe und Rituale erst noch zu durchschauen waren. Denn der Parteivorsitzende dürfte in den vergangenen Jahren bereits häufig mit allgemeinen stadtpolitischen Problemen und ihrer politischen Einschätzung durch die SPD befasst gewesen sein. Als Gewerkschafter und als Fachberater im Arbeitsamt tätig, wird er ohnehin eine eigene Meinung zu den meisten sozialen Fragen gehabt haben. Im Übrigen widerspräche es gruppenspezifischen Prozessen in einer Fraktion, wenn ein Parteivorsitzender kein eigenes Gewicht hätte. Für diese Einschätzung spricht, dass die Fraktion Wimmer bereits 1925 zum Sprecher in Wohnungsbaufragen machte und ihm angesichts der Wohnungsnot in München damit eine wichtige Aufgabe übertrug. Wimmer habe in dieser Funktion - wie Hanko herausgearbeitet hat - alsbald die Annäherung der SPD an das von den bürgerlichen Parteien 1926/27 beschlossene „Wohnungs-Sonderprogramm“ bewirkt und 1928 die Zustimmung der SPD-Fraktion zum städtischen Gesamtwohnungsprogramm 1928 bis 1930 begründet. Die besondere Berücksichtigung finanzschwacher Wohnungssuchender in diesem Programm war dafür ausschlaggebend.

Fast versteht es sich von selbst, bedenkt man Wimmers früh erkennbare Affinität zum kommunalen Haushaltswesen, dass er gegen Ende der Weimarer Republik als Mitglied des Finanzausschusses den auf Kompromiss ausgelegten Haushaltskurs zwischen politischen Forderungen und finanziellen Realitäten maßgeblich mitsteuerte und seine Fraktion entsprechend beeinflusste.

Aus der Kommunalwahl am 8. Dezember 1929 ging die SPD mit 32,9 Prozent und 17 Sitzen als stärkste Fraktion hervor, die BVP musste mit nur 12 Sitzen (24,3 %) empfindliche Einbußen hinnehmen. Dennoch gelang ihr gegen die Stimmen der SPD die Wiederwahl Karl Scharnagls als Oberbürgermeister. Ungeachtet dessen zwang das Wahlergebnis (die NSDAP hatte immerhin 8 Sitze erreicht) vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Wirtschafts- und politischen Krise die beiden großen Parteien zur Zusammenarbeit - insbesondere in der Haushaltspolitik. So konnten die städtischen Haushalte 1930 und 1931 unter Mitwirkung der SPD mühsam noch ausgeglichen werden; 1932 setzte die Staatsregierung wegen der nicht schließbaren Haushaltsunterdeckung sogar einen Staatskommissar ein.

#### **„Ein ziemlich starker Widersacher der Nazis“**

Objektiv und in seiner Selbsteinschätzung war Wimmer in den Jahren der Weimarer Republik „ein ziemlich starker Widersacher der Nazis“<sup>27</sup> gewesen. Exemplarisch dafür ist seine Attacke auf Stadtrat Max Amann (NSDAP) bereits am 17. Februar 1925, als Wimmer quasi in Selbstjustiz dessen Nazi-Schmähungen gegen den bisherigen SPD-Fraktionsvorsitzenden Albert Nussbaum als „Juden“ nicht ungerügt hinnehmen wollte.<sup>28</sup> Zur politischen Abrechnung nutzte Wimmer aber auch Haushaltsdebatten. So wurde seine Haushaltsrede am 28. April 1931 „eine Abrechnung mit dem Links- und Rechtsextremismus in einer Schärfe und Prägnanz, die in diesem Stadtrat ganz unüblich war“<sup>29</sup>.

Die neuen NS-Machthaber vergaßen ihm das alles nicht. Bereits am 10. März 1933 um 5.30 Uhr nahmen sie ihn gewaltsam in „Schutzhaft“ und hielten ihn bis 13. März in Stadelheim und dann bis 28. April 1933 im Gefängnis Landsberg fest. Tags zuvor, am 9. März, war die vollziehende Gewalt in Bayern an den NS-Reichsstatthalter Ritter von Epp übergegangen. In der Landeshauptstadt rissen die Nationalsozialisten ebenfalls die Führung an sich und zwar begleitet von Gewaltexzessen - die Redaktionsräume der Münchner Post wurden von den braunen Horden zerstört und 700 SA-Leute besetzten das Gewerkschaftshaus. Karl Scharnagl

war abgelöst und Karl Fiehler an seiner Statt kommissarisch als Oberbürgermeister benannt worden.

Zwar gehörte Thomas Wimmer formal dem „gleichgeschalteten“ Stadtrat noch an, der von den neuen Machthabern nach den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März 1933 zusammengesetzt wurde. Doch er nahm an dessen Sitzungen nicht mehr teil - zunächst entschuldigt wegen „in Schutzhaft“, dann „krankheitsbedingt“. Auf Weisung des bayerischen Innenministers wurde am 17. Juni 1933 ohnehin allen SPD-Stadträten jegliche Amtsausübung untersagt und ihre Partei dann auf Anweisung des Reichsinnenministers Wilhelm Frick vom 22. Juni 1933 aufgelöst.

Wimmer hat den Verlust seines Stadtratsmandates nicht einmal mehr im Tagebuch notiert.<sup>30</sup> Tatsächlich hatten die Wochen im Landsberger Gefängnis den ansonsten so stabilen und tatkräftigen Mann psychisch schwer erschüttert. Wilhelm Hoegner registrierte damals, dass die ungerechte Einsperrung Wimmers „Ehrgefühl aufs tiefste verletzt“ hatte.<sup>31</sup> In den folgenden Monaten und Jahren hielt sich Wimmer politisch völlig zurück. Zwar pflegte er noch Kontakte zu älteren Genossen, doch an der illegalen Parteiarbeit und am Widerstand, organisiert vor allem von jüngeren SPD-Mitgliedern, beteiligte er sich nicht. Sicherlich konnte er schon seiner pflegebedürftigen Frau wegen nicht riskieren, nochmals verhaftet zu werden. Und doch holte ihn die Gestapo noch zweimal - 1934 und 1937 – und nahm ihn für mehrere Wochen in ihren „Gewahrsam“. 1944 war Wimmer gar vom 20. Juli bis zum 6. Oktober Häftling im Konzentrationslager Dachau, ohne dass er aktueller Vergehen geziehen wurde.

Die Innere Emigration scheint für Wimmer der einzige Weg gewesen zu sein, das erlittene Unrecht und die Schikanen in den Jahren der NS-Herrschaft persönlich bewältigen zu können. Zur politischen Verfolgung hinzu kam die berufliche Bestrafung. Paragraph 4 des sogenannten Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bot die Grundlage, ihn mit minimalen Bezügen am 27. September 1933 in den Ruhestand zu versetzen. Das fortschreitende Leiden seiner Frau verlangte in diesen Jahren verstärkt Wimmers Einsatz im familiären Haushalt. Er pflegte seine Frau bis zu ihrem Tod 1937; aus Geldknappheit musste auf die 1931 eingestellte Hilfe verzichtet werden. Zwei Jahre später (am 12. April 1939) ging Wimmer eine neue Verbindung ein mit Käthe Gügel, die zu seinem politischen Freundeskreis gehört hatte und eine elfjährige Tochter mit in die Ehe brachte.

Als die Arbeitskräfte knapper wurden, fand 1938 Wimmer vorübergehend wieder eine Tätigkeit und damit zusätzliches Einkommen als Bauführer im Straßenbau. In Abendkursen hatte er sich die notwendigen Kenntnisse dafür angeeignet. Doch schon nach wenigen Monaten musste der Betrieb den „politisch Unzuverlässigen“ wieder entlassen. Erst nach Kriegsbeginn, Anfang des Jahres 1940, konnte der inzwischen 53-Jährige bei einem alten Parteifreund, dem Schreiner Lurtsch, wieder Arbeit aufnehmen, diesmal sogar in seinem Schreinerberuf. Nach eigener Erinnerung arbeitete Wimmer dort bis zum 24. April 1945.

Noch während des Aufenthalts im Konzentrationslager Dachau 1944 war der frühere Vollblutpolitiker voller Resignation: „Wenn wir durchkommen, mit uns wird nicht mehr viel anzufangen sein“ - so habe man damals untereinander gesprochen, erinnert sich Wimmer später<sup>32</sup>. Sie hätten sich - sagt Wimmer an anderer Stelle - damals auch geschworen, „nie wieder ein politisches Amt zu übernehmen, wenn diese fürchterliche Zeit zu Ende ist“<sup>33</sup>. Und doch fanden in den Monaten des KZ-Aufenthalts zwischen den Häftlingen aus den Reihen der SPD und der BVP auch weichenstellende Gespräche über die Zeit nach dem Krieg statt. Sogar die früheren Kontrahenten Wimmer und Scharnagl tauschten sich aus. Sie und andere waren sich einig, dass nach dem Wiederbeginn der demokratische Konsens über allen weltanschaulichen Gegensätzen stehen müsse. „Die Dummheiten, die vor 1933 gemacht worden sind, dürfen nicht mehr wiederholt werden!“, zitiert Hanko den ebenfalls NS-verfolgten Sozialdemokraten Toni Weiß.<sup>34</sup>

### **Politischer Wiederbeginn nach dem Zusammenbruch: den Menschen das Überleben sichern**

„Mit der 40%igen Totalzerstörung sind unzählige Kulturwerte für immer verlorengegangen, lebenswichtige Einrichtungen für die Bevölkerung wurden teils vollkommen zerstört, teils schwer beschädigt, Existenzgrundlagen von Tausenden und Abertausenden von Münchner Bürgern vernichtet. München glich am Ende der Kampfhandlungen mehr einem lebendigen Schutthaufen als einer Wohngemeinde.“<sup>35</sup> So bilanzierte der scheidende Oberbürgermeister Wimmer die schrecklich Hinterlassenschaft der Nationalsozialisten bei Kriegsende in seinem Abschlussbericht vor dem Stadtrat am 26. April 1960. Ganz gemäß seinem Naturell listete er detailliert entstandene Schäden auf an öffentlichen Gebäuden, im Wohnungsbestand, an Straßen und sonstiger Verkehrsinfrastruktur, an Schulen, den Versorgungsleitungen für Wasser, Abwasser, Strom und Gas und bezifferte die „Gesamtschadenssumme für München auf 4,047 Milliarden Mark, nach früheren Werten und Preisen berechnet.“

München zählte am 1. Mai 1945 noch 529 000 Bewohner, rund 300 000 weniger als vor dem Krieg. War die Sicherung der Ernährung in den letzten Kriegsmonaten mit täglich gerade noch 1070 Kalorien pro Person schon sehr problematisch gewesen, so verschlechterte sich die Versorgungslage der Bevölkerung unmittelbar nach Kriegsende nochmals - nicht zuletzt infolge des desolaten Transportwesens und der Plünderungen von Warenvorräten.

„Ja, was soll ich?“, war Wimmers Frage am 6. Mai 1945, als Oberbürgermeister Karl Scharnagl ihn zu sich ins Rathaus holen ließ. (Scharnagl war am 4. Mai von der Militärregierung eingesetzt worden.) „Mithelfen!“ war dessen Antwort, erläutert mit der Bemerkung: „Sie waren ja immer einer der Verständnisvollsten.“<sup>36</sup> Und Wimmer packte unverzüglich an, alle Resignation war von ihm abgefallen. Doch er tat es bar aller Illusionen, wie seine Aussage am 13. Mai 1948 vor dem Stadtrat beweist: „Wer nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 sich auf Ansuchen bereit erklärt hat, zuerst durch Berufung und später durch die Wahl an eine bedeutsame Stelle zu kommen, der musste sich klar darüber sein, dass er eine Aufgabe übernimmt, die vielfach im Laufe der Entwicklung über seine Kräfte hinaus gehen würde.“<sup>37</sup>

Bei dem Gespräch am 6. Mai eröffnete Scharnagl auch, er werde auf Wunsch der Militärregierung alsbald einen provisorischen Stadtrat entsprechend den nichtfaschistischen Kräften vor 1933 einberufen. Schon zwei Tage darauf legte ihm Thomas Wimmer eine von seinen politischen Gesinnungsfreunden - zu nennen sind hier vor allem Gustav Schiefer, Toni Weiß, Albert Roßhaupter - abgesegnete Vorschlagsliste für den zu berufenden Stadtrat vor.

Auch beruflich war der Mai 1945 für Thomas Wimmer ein Wiederbeginn und zwar im Münchner Arbeitsamt, das vorübergehend unter städtischer Regie geführt wurde und dessen Direktor seiner politischen Vergangenheit wegen abgesetzt war. Am 27. Mai ernannte Oberbürgermeister Scharnagl Thomas Wimmer zum stellvertretenden Leiter des Arbeitsamtes. Diese neue berufliche Aufgabe bot Wimmer zugleich einen gewissen Schutz für die Wiederaufnahme seiner parteipolitischen Aktivitäten. Jetzt, wo sich dem engagierten Sozialdemokraten wieder halbwegs legale Spielräume eröffneten, nahm er faktisch seine frühere Rolle als Münchner SPD-Vorsitzender wieder ein. Max Allmer, später Sekretär des SPD-Bezirks Südbayern, berichtet, wie ihm - wohl noch im Mai 1945 - Wimmer eine Liste mit den Namen und Adressen der rund 70 Münchner Sektionsvorsitzenden vor 1933 in die

Hand gedrückt habe. Er solle nachschauen, wer von denen noch greifbar sei, und sie sollten sich bei ihm im Arbeitsamt melden, habe Wimmer angeordnet. Nach Darstellung Allmers war dann im Arbeitsamt „ein ständiges Kommen und Gehen“. Wimmer habe einfach gesagt: „Du musst wieder!“ Und es sei ihre Aufgabe, dort wieder anzufangen, wo sie 1933 aufgehört hätten.<sup>38</sup> Allerdings dauerte es noch Monate, bis Parteien offiziell von der US-Militärregierung erlaubt wurden. Erst am 17. November 1945 erhielt die Münchner SPD formell ihre Lizenz und nutzte sie umgehend, öffentlich aufzutreten. Inzwischen fanden die Treffen - wegen Wimmers Wechsel ins Rathaus - im provisorischen Parteibüro in der Mathildenstraße statt.

Wimmer hielt bis auf Weiteres die organisatorischen Fäden fest in der Hand und wurde auch wieder zum Münchner SPD-Vorsitzenden gewählt. 1949 trat er nicht mehr zur Wiederwahl an, zu einem Zeitpunkt, als in Münchens Parteiorganisation Wilhelm Hoegner wegen seines Föderalismuskurses scharfe Ablehnung erfuhr. Offensichtlich fühlte sich Wimmer gegenüber Hoegner besonders solidarisch; dieser war am 7. Juni 1945 aus der Emigration zurückgekehrt und ihm war die programmatische Ausrichtung der SPD zugefallen. Hoegner schrieb das zur Lizenzierung einzureichende Parteiprogramm der Münchner SPD und hielt bei der ersten großen Kundgebung am 25. November 1945, inzwischen Bayerischer Ministerpräsident, die Grundsatzrede mit der weichenstellenden Forderung, die SPD müsse „aus dem Pferch der gesellschaftlichen Klassenscheidung,“ heraustreten und „Volkspartei,“ werden.<sup>39</sup>

### **Bürgermeister Wimmer**

Am 1. August 1945 trat im provisorisch hergerichteten Sitzungssaal des Münchner Rathauses erstmals der „berufene,“ Stadtrat mit seinen 36 Mitgliedern zusammen; seine Einberufung hatte die Militärregierung schon am 26. Mai offiziell genehmigt.<sup>40</sup> Neben ehemaligen SPD-Stadträten wie Thomas Wimmer, Gustav Schiefer, Hans Schmid, Karl Zeh gehörten ihm weitere neun Sozialdemokraten an - Männer wie Anton Weiß und Karl Erhart, die wenig später zu berufsmäßigen Stadträten ernannt wurden. Christian Roith, ebenfalls Stadtrat, war auf Parteiebene informell als Sekretär installiert.

Schon vorher hatte die Militärregierung die Bestellung eines dritten Bürgermeisters für München verlangt und wissen lassen, dieser solle Sozialdemokrat sein - wohl der politischen Ausgewogenheit wegen. Dennoch lehnte Thomas Wimmer namens seiner Parteifreunde die Schaffung dieser Position zunächst vehement ab: Zwei Bürgermeister genügten, ein dritter sei

„überflüssig“, gab er am 9. August 1945 dem versammelten Stadtrat zu verstehen. Offensichtlich stimmte ihn jedoch Stadtkommandant Major Eugene Keller um. Jedenfalls benannten seine sozialdemokratischen Stadtratskollegen dann Wimmer für das neue Amt; in der Stadtrats-sitzung am 16. August ernannte Oberbürgermeister Scharnagl ihn als dritten Bürgermeister. Gottlieb Branz rückte als Stadtrat nach, er sollte lange Jahre die SPD-Fraktion führen.

Gute vier Monate später, als auf Druck der Militärregierung der bisherige zweite. Bürgermeister Franz Stadelmayer wegen seiner früheren Nähe zur NSDAP zurücktreten musste, berief am 1. Dezember 1945 Oberbürgermeister Scharnagl mit „Selbstverständlichkeit“<sup>41</sup> Wimmer in dessen Position; Carl Jörg Lacherbauer von der CSU wurde dritter Bürgermeister.

Dazwischen liegen für Wimmer dreieinhalb Monate härtesten Einsatzes, in denen er sich nicht nur in den Augen des Oberbürgermeisters bestens bewährte. Schon am 17. August hatte Scharnagl die Aufgaben des neuen Bürgermeisters mit einer Sonderaufgabe präzisiert, nämlich die Brennstoffversorgung Münchens für den Winter 1945/46 sicherzustellen. Am 4. September wurde ihm noch das Betriebsreferat vom Referenten Josef Ochs übertragen, der seinerseits für Bezirkspolizeiaufgaben zuständig wurde.

### **Städtischer Oberheizer**

Den Grund, warum er Wimmer für Münchens Brennstoffversorgung zuständig machte, hatte Scharnagl später unter anderem mit dessen „praktischem Sinn“ begründet. Wimmer machte sich unverzüglich an die Arbeit und zwar mit seltener Energie, dem ihm eigenen Organisationstalent und der Fähigkeit, aus dem Stand heraus zielführende Lösungen zu entwickeln. Allerdings war im Voraus keineswegs abzuschätzen, ob dieser Auftrag nicht doch für ihn zum Himmelfahrtskommando werden würde. Bereits am 30. August gab er dem Stadtrat einen Bericht zum Stand der Situation.

Die Kohleversorgung Münchens war faktisch zusammengebrochen, denn die Zulieferungen des schier unersetzbaren Brennstoffs aus Niederschlesien fielen völlig aus, aus den oberbayerischen Braunkohlezechen trafen nur noch ein Drittel der Mengen während des Krieges ein, und Ruhrkohle stand gar nur noch zu einem Neuntel zur Verfügung.<sup>42</sup> Damit drohte die nächste Kälteperiode der Münchner Bevölkerung als Schreckensszenario. Die

einzigste Lösung, im Winter 1945/46 die Brennstoffversorgung sicherzustellen, lag im Holzeinschlag in und um München. Sage und schreibe 560 000 Ster Holz, also ein Kubikmeter pro Person - das hatte die Militärregierung angeordnet -, mussten in wenigen Monaten gefällt, bearbeitet und zum festgelegten Preis verteilt werden. Wie Hanko schreibt, bewährte sich bei dieser Aufgabe Wimmers „praktischer Sinn und sein unerschütterliches Stehvermögen. Er ließ seinen Mitarbeitern, von deren Zuverlässigkeit er sich rasch überzeugt hatte, weitgehend freie Hand und verstand sich als oberster Koordinator und Hauptverantwortlicher“.<sup>43</sup>

Für die Einschlagsarbeiten wurden 500 ehemalige Nazis aus dem Lager Moosburg dienstverpflichtet. Wimmer motivierte sie mit zusätzlichen Lebensmittelmarken und Worten, die an ihre Verantwortung appellierten. Wie gut er dabei den Ton traf, zeigt ein späterer Bericht eines damals Abkommandierten. Sie hätten „die Worte des Bürgermeisters Wimmer als Zeichen der Versöhnung empfunden und [sie seien] dafür sehr dankbar gewesen“.<sup>44</sup> Bei dieser „Holzaktion“ - wie es bald hieß - musste Wimmer manch unkonventionellen Weg gehen und komplizierte Verträge schließen, die ihrerseits von der Kommunalaufsicht „abzusegnen“ waren, was andauerte. So erfand Wimmer mit seinen Leuten eine komplizierte Trägerschaftskonstruktion, die Handel und Verkauf sicherstellte, weil sich der Münchner Brennstoffhandel außerstande gesehen hatte, die Verteilung zu bewältigen. Dabei waren sowohl die staatliche Preisbindung als auch die Geschäftsinteressen der einbezogenen Privatbetriebe zu beachten. Tatsächlich konnten zwischen September 1945 und April 1946 die benötigten 560 000 Ster Holz beschafft und verteilt werden.

Mit der nächsten Heizperiode, dem Winter 1946/47, der extreme Kälte brachte, häuften sich erneut die Probleme. Zwar hatte sich aus der Improvisation ein System entwickelt, das sich organisatorisch bewährt hatte, doch wiederum mussten frühere Nazis verpflichtet werden. Denn trotz der Aufrufe und Anwerbungen standen nicht genügend Arbeitskräfte aus München zur Verfügung. Ergänzend zu Holz war inzwischen auch Torf als Brennstoff verfügbar; freilich war die Bereitstellung von Torf ebenfalls nur mit großer Anstrengung, vielen Konflikten und Ärger zu erreichen. Zwischenzeitlich war auch die Mithilfe der Militärregierung bei der Brennstoffversorgung reduziert worden, die nach Wimmers Worten den Erfolg der ersten Aktion maßgeblich bestimmt hatte. Im Bayerischen Landtag, dem er ab der Wahl am 1. Dezember 1946 als Abgeordneter angehörte, fand er am 25. Juni 1947 hohes Lob für diese Unterstützung: „Wir wären im Jahre 1945 restlos zusammengebrochen, wenn

uns nicht damals die Militärregierung in so außerordentlicher Weise unterstützt hätte, und zwar auf allen Gebieten, im Transport, in der Zurverfügungstellung der Maschinen usw. ...“.<sup>45</sup> Dieses Lob ist allerdings im Kontext jener politischen Debatte und parlamentarischen Initiativen zu verstehen, mit denen Wimmer und mit ihm die SPD-Landtagsfraktion ab Januar 1947 von der Bayerischen Staatsregierung eine klare und vorausschauende Planung für die Hausbrandversorgung der nächsten Heizperiode zu erreichen suchten und insbesondere eine höhere Kohlezuteilung für die größeren Städte verlangten. Wenn sich nichts änderte - so war im Sommer 1947 abzusehen -, würde München auch im dritten Nachkriegsjahr bei den Vorbereitungen für die nächste Heizperiode weitgehend auf sich gestellt und damit vor allem auf Brennholz angewiesen sein. Allein die erfolgte Kohlelieferung für Hausbrandzwecke in den Monaten April bis Juni ließ kaum Besserung erwarten, so wurden von den zugeteilten 4235 Tonnen Kohle lediglich 45 Tonnen tatsächlich geliefert.<sup>46</sup> Wirtschaftsminister Rudolf Zorn, ebenfalls SPD, verwies denn auch im Landtag ziemlich ohnmächtig darauf, „dass die Kohlezuteilung an die Zivilbevölkerung nicht Sache des bayerischen Wirtschaftsministeriums ist, sondern Sache des Verwaltungsrates in Minden“ und Bayern nach wie vor riesige „Fehlmengen“ bei Kohle habe. Man könne nur das Wenige „möglichst zweckmäßig verteilen“.<sup>47</sup>

Alles in allem geriet die „Holzaktion“ über die drei Nachkriegswinter hinweg Bürgermeister Wimmer zu einem großen persönlichen Erfolg. Bereits am 1. Februar 1947 prägte die Süddeutsche Zeitung den Begriff „Oberheizer“ und honorierte damit Wimmers Leistung öffentlich.<sup>48</sup> Sicherlich mehrte das Etikett „städtischer Oberheizer“ Wimmers Popularität schon in den ersten Nachkriegsjahren.

Für die Stadt wurde die „Holzaktion“ gar zu einem Überschuss generierendem Geschäft, das sie zuvor in Öffentlich-Privater Partnerschaft mit dem privaten Kohlehandel inklusive Risikoabdeckung eingegangen war. „Mit entscheidend“ - so Hankos Urteil - „war neben Wimmers Einsatzbereitschaft und Energie wohl auch, dass diese Tätigkeit ganz stark seine wirtschaftlichen Interessen anstachelte. Er entwickelte ein ausgesprochenes Unternehmergeist, Stolz auf Erfolgsbilanzen und eine harte Einstellung zum Geschäft, wenn es um Einzelfragen ging“.<sup>49</sup> Bei aller Geschäftstüchtigkeit achtete er trotzdem auf einen sozialverträglichen Endverkaufspreis für die Münchner. Damit keine Legenden entstünden, legte er am 20. Februar 1947 im Landtag die Kalkulation des Abgabepreises von 30 Mark pro Ster im Detail offen.<sup>50</sup>

Parallel zu den sonstigen Aufgaben musste sich Wimmer im Sommer 1947 einer weiteren großen organisatorischen Herausforderung stellen. Seit Kriegsende hatte eine systematische Hausmüllabfuhr nicht mehr stattgefunden und so türmten sich nach Wimmers Erinnerung 50 000 Kubikmeter Hausmüll in Höfen und Plätzen mit untragbaren Verhältnissen. Per Dringlichkeitsantrag forderte die SPD-Fraktion daher am 24. März 1947 eine „Sonderaktion“ vom Oberbürgermeister, der alsbald Wimmer damit beauftragte. Wiederum wurde die Beschaffung der dafür notwendigen Arbeitskräfte zum großen Problem, denn weder vermochte eine Schwerarbeiterzulage freie Kräfte des Arbeitsmarktes dafür zu gewinnen noch konnten genügend zu Sonderarbeiten verurteilte ehemalige Nationalsozialisten verpflichtet werden. Die Durchführung dieser Arbeit gelang Wimmer ebenfalls nur mit dem Einsatz von täglich zwischen 44 und 84 Internierten aus dem Lager Moosburg, die sich, motiviert durch Zulagen, aber letztlich freiwillig, zur Verfügung stellten. Am 23. Oktober 1947 berichtet der Bürgermeister dann dem Stadtrat die Erledigung der Aufgabe und dass die Müllabfuhr „jetzt jeweils nur den frisch anfallenden Müll wegfahren kann“<sup>51</sup>.

### **Mandatsträger der jungen Demokratie**

Am 26. Mai 1946 fand in den großen Städten Bayerns die Kommunalwahl statt. Im großen Ganzen bestätigte sie die in München bis dahin gegebene politische Kräfteverteilung: Die CSU behielt ihre Vorrangstellung mit Oberbürgermeister Scharnagl an der Spitze, nun abgesichert mit 44,9 % der abgegebenen Stimmen und 20 von 40 Stadtratsitzen. Die SPD erreichte mit 38,4 % der Stimmen und 17 Mandaten ein gutes Ergebnis. Zwei Sitze bekam die KPD und ein Sitz ging an die Parteifreien. Bürgermeister Wimmer wurde per Stadtratsvotum - wie auch Oberbürgermeister Scharnagl - im Amt bestätigt.

Die gut eingespielte Rathauskoalition von CSU und SPD wurde also fortgeführt. Im politischen Alltag hatte sich die Zusammenarbeit der ehemaligen stadtpolitischen Kontrahenten Scharnagl und Wimmer ohnehin längst bestens bewährt; sie wurde damals aber auch angesichts der riesigen Probleme allgemein befürwortet. 14 Jahre später listete Thomas Wimmer in seinem Abschlussbericht die damalige Notlage auf und stellte dar, wie „vielfach in improvisierter Art und Weise den sich immer wieder ergebenden Schwierigkeiten begegnet wurde“<sup>52</sup>. Die schlimmsten Kriegsschäden an den Ver- und Entsorgungsleitungen für Strom, Wasser und Gas waren zu beseitigen, an die 10 Millionen Tonnen Schutt mussten geräumt und Straßen befahrbar gemacht werden; es fehlte an zigtausenden von Wohnungen, 1300

Schulsäle waren unbenutzbar, die Verkehrsbetriebe lagen danieder. Trotz Zuzugshemmnissen strömten Evakuierte, Heimatvertriebene und Flüchtlinge in die Stadt, deren Einwohnerzahl vom 1. Mai 1945 bis 1. Januar 1947 von 529 000 auf 762 000 wuchs. Die Stadtverwaltung musste aufrecht erhalten werden, und dies, obwohl im Zuge der Entnazifizierung die Hälfte der Beamten und Angestellten des höheren Dienstes und ein Drittel der des gehobenen Dienstes wegen ihrer politischen Vergangenheit entlassen wurden.

Parallel zur Bewältigung der Alltagsnot und mit Zustimmung der Besatzungsmacht wurden nach und nach auch die Strukturen des neuen bayerischen Staates herausgebildet. Hier konnte es ebenfalls nur von Nutzen sein, wenn Pragmatiker vom Schlage Wimmers mitredeten. So dachte wohl auch Wilhelm Hoegner, seit Ende September 1945 als bayerischer Ministerpräsident eingesetzt, als er ganz im Sinne des Demokratisierungskonzepts der US-Militärregierung im Februar 1946 Vorbereitungen für eine neue Bayerische Verfassung traf. Er berief Karl Scharnagl und Thomas Wimmer - jeweils als Vertreter ihrer Parteien - in den neunköpfigen Vorbereitenden Verfassungsausschuss, der ab 8. März 1946 den von Hoegner vorgelegten Verfassungsentwurf überarbeitete. Scharnagl und Wimmer wurden am 1. Juli 1946 vom Volk auch in die Bayerische Verfassunggebende Landesversammlung (BVLV) gewählt. Während Scharnagl seinen Focus vor allem auf eine zweite Kammer richtete, insistierte Wimmer, die neue Verfassung müsse „für jeden Staatsbürger verständlich“ sein. Als erfahrener Parteimann äußerte sich Wimmer insbesondere bei der Normierung von Wahlordnung, Stimmkreisgestaltung und Stimmabgabe, die ebenfalls von der BVLV zu regeln waren. In Fragen der Staatsstruktur hielt er sich sichtlich zurück, nicht aber, als es um das Verhältnis Staat und Gemeinden ging.<sup>53</sup> Hier plädierte er dafür, den eigenen Wirkungskreis der Gemeinden und deren Selbstverwaltungsrecht präzise und umfassend in der Verfassung zu regeln.<sup>54</sup>

Zwölf Jahre lang, von 1946 bis 1958, gehörte Wimmer parallel zu seiner Tätigkeit als Bürger- bzw. Oberbürgermeister dem Bayerischen Landtag an. Noch oft hatte der Parlamentarier - wie bei der Verfassungsberatung - Gelegenheit, als Anwalt seiner Stadt und der bayerischen Kommunen aufzutreten. So verteidigte er bei der Beratung des Finanzausgleichsgesetzes 1947 ein weiteres Mal den kommunalen Handlungsrahmen und hielt für dringlich, dass die Gemeinden ihre eigenen Mittel beschaffen können. Beim Finanzausgleichsgesetz - so klagte er im Plenum am 22. Oktober 1947 - ginge es nicht um einen „Ausgleich zwischen zwei Partnern“, es sei „mehr eine Dotation“. Wegen des ureigensten Aufgabenbereichs der

Gemeinden plädierte er konsequent, für eine „Generalregelung ... mit dem Ziel, den Gemeinden die ehemaligen gemeindeeigenen Steuern wieder zurückzugeben“<sup>55</sup>.

Die Aktenlage des Landtages zeigt Wimmer immer wieder als wackeren Streiter für die Belange der städtischen Bevölkerung: In den ersten Nachkriegsjahren forderte er vom Land Hilfe für die Besserung ihrer Versorgungslage inklusive der Brennstoffe, später dann mehr Unterstützung bei der Lösung von Münchner Verkehrsproblemen. Zwischen 1948 und 1958 hätte München - so klagte Wimmer noch am 26. April 1960 in seinem Rechenschaftsbericht - 168 Millionen DM Verkehrsausgaben zu verzeichnen gehabt, aber den weitaus größten Teil selbst leisten müssen; die Zuschüsse des Landes und des Bundes hätten lediglich 7,3 Millionen DM betragen.<sup>56</sup>

Als Abgeordneter redete er in Fragen der Stromversorgung ebenso lebhaft und praxisbezogen mit wie bei der Gestaltung der Bayerischen Gemeindeordnung in den Jahren 1951 und 1952. Immer wieder waren Münchens Wohnungsnot und die unabdingbare staatliche Hilfestellung beim Wohnungsbau für ihn Anlass, fakten- und zahlenreich in die parlamentarische Debatte einzugreifen. Gewiss, die Landtagsprotokolle belegen auch, dass sich Wimmer nicht mit großen parlamentarischen Initiativen hervortat, aus Zeitmangel wohl auch nicht hätte hervortun können. Der strategische Winkelzug und die gezielte parlamentarische Aktion waren ohnehin seine Sache nicht. Zweifelsfrei lag Wimmers Arbeitsschwerpunkt in der Kommunalpolitik und der konkreten Verwaltungspraxis, was auch von einem Oberbürgermeister erwartet wurde. Das zunehmende Alter mit einigen gesundheitlichen Beschwerden dürften mit den Jahren seine Konzentration darauf noch stärker erzwungen haben. So nimmt es nicht wunder, dass Wimmers parlamentarische Wortmeldungen in der letzten Legislaturperiode rar wurden. Ihn jedoch als „Hinterbänkler“ abtun zu wollen, würde die Wichtigkeit von Einwüfen und Argumenten in Fraktions- und Parlamentsdiskussionen verkennen, die sich aus lebenspraktischer Sicht speisen. Seine Mahnungen, wie die zum notwendigen sozialen Ausgleich, der auch im Interesse einer politischer Stabilität läge, dürften gleichfalls nicht ungehört verhallt sein.<sup>57</sup> Wegen seines „fotografischen“ Zahlengedächtnisses und der präzisen Mitarbeit im Haushaltsausschuss ist Wimmer seinem Fraktionskollegen und späteren Fraktionsvorsitzenden Volkmar Gabert „als Schrecken der Ministerialbeamten“ in bester Erinnerung geblieben.<sup>58</sup> Wimmer selbst betonte bereits 1947, „nicht Abgeordneter aus persönlichem Ehrgeiz heraus“ zu sein, sondern aus Verpflichtung,

Wissen und Können in den Dienst der Sache zu stellen, „bis die Jugend herangewachsen ist“.<sup>59</sup>

### **Der Volksbürgermeister<sup>60</sup>**

Am 30. Mai 1948 mischte die Kommunalwahl in München die politischen Karten kräftig durcheinander und führte zu einer neuen Machtverteilung. Vorausgegangen waren schon zu Beginn des Jahres und dann im Mai erneut zahlreiche Streiks und Arbeitsniederlegungen, die sich gegen die katastrophale Versorgungslage richteten. So streikten allein am 10. Mai rund 40 000 Arbeiter.<sup>61</sup> Gewissermaßen spiegelt diese Unzufriedenheit auch das Wahlergebnis wider. Auf Anhieb erreichte die neu entstandene Bayernpartei (BP) 24 % der Stimmen und war damit zu einer mächtigen Konkurrentin für die CSU herangewachsen. Der Protest drückte sich auch im Stimmenzuwachs der KPD aus, die von zwei auf sechs Sitze hochschnellte. Die SPD verlor fast 11 Prozentpunkte gegenüber 1946, war aber mit 27,5 % und 15 von jetzt 50 Stadtratssitzen stärkste Fraktion geworden. Eindeutige Wahlverliererin war die CSU, die sich mit 18,7 % und zehn Sitzen zufrieden geben musste. Angesichts dieser Konstellation wurde die erste Stadtratssitzung am 1. Juli 1948 und insbesondere die Wahl des neuen Oberbürgermeisters mit großer Spannung erwartet.

Offensichtlich war es im Vorhinein nicht zu Absprachen zwischen den Fraktionen gekommen. Jedenfalls traten im ersten Wahlgang vier Oberbürgermeisterkandidaten an, wobei keiner eine Mehrheit erreichte. Der SPD-Kandidat Thomas Wimmer erhielt mit 19 immerhin die meisten Stimmen, allerdings zwei weniger als SPD und KPD Sitze hatten. Er wurde dann aber nach einer zwanzigminütigen Abklärungspause für die Fraktionen im zweiten Wahlgang mit der Mehrheit von 33 Stimmen bei 17 ungültigen gewählt. Mit ihm bekam München erstmals seit 1924 wieder einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister. SPD und CSU gelang es anschließend, eine ausreichende Mehrheit für Karl Scharnagl als zweiten Bürgermeister zu erreichen. Auf die Wahl eines dritten Bürgermeisters wurde verzichtet. Ihre bisherige Zusammenarbeit konnten CSU und SPD fortsetzen, mussten jedoch bei Abstimmungen jeweils eine Mehrheit organisieren, was die BP bei der nächsten Referentenwahl entsprechend nutzte. Im Übrigen spricht es für Wimmers diplomatisches Geschick, dass er es verstand, größere Reibereien zwischen sich als Oberbürgermeister und seinem Stellvertreter Scharnagl zu vermeiden, der naturgemäß jetzt nicht gerne ins zweite Glied wollte.<sup>62</sup> Im Übrigen führten innerparteiliche Machtkämpfe in der CSU 1949, in deren Verlauf eine „Nacktbadeaffäre“ inszeniert wurde, zum Rückzug Scharnagls sowohl als Bürgermeister als auch als Stadtrat.

Nutznießer des Rücktritts war letztlich Walther von Miller, der daraufhin zweiter Bürgermeister wurde.

### **Popularität**

„...diese sogenannte Popularität, ja, die war nicht leicht, die ist nicht von der leichten Seite geworden“, konstatierte Thomas Wimmer 1960 im zitierten Rundfunkinterview. Zweifellos hat er sie sich hart erarbeitet, mit großem Fleiß und enormer Einsatzbereitschaft. Aber ebenso sicher trug auch Wimmers Naturell und sein Gespür für alles Münchnerische viel zu seiner großen Popularität bei. „Immer verstand er es, sich der jeweiligen Situation auf seine Art anzupassen und immer hatten seine Worte einen gemütlichen entschärfenden Grundton, der keinen tierischen Ernst aufkommen ließ“. <sup>63</sup>

Bei der Stadtratswahl 1948 hatte Wimmer persönlich ein herausragendes Stimmenergebnis erreicht. Dieses Ergebnis ist ein unbestechlicher Indikator für seine bereits 1948 erreichte Beliebtheit. „Holzaktion“ und Hausmüllabfuhr, zahlreiche Bürgersprechstunden und persönlich beantwortete Briefe an Hilfesuchende - all das hatte ihn bekannt und auch im besten Sinne populär gemacht. Als Oberbürgermeister konnte er daran nun anknüpfen.

Bereits am 3. Juli 1948 meldete die Süddeutsche Zeitung, Wimmer setze seine Sprechstunden im Rathaus fort. <sup>64</sup> Die offene Tür seines Amtszimmers für Ratsuchende und seine Bereitschaft zur Hilfe sprach sich herum. Für den Münchner Merkur wurde am 27. Oktober 1948 Wimmer gar zu „Münchens fünfzehnte(m) Nothelfer“. Seine Bürgersprechstunden fanden statt „am Mittwoch von 8 bis 10 Uhr, soweit ich nicht verreist war, manchmal ausdehnend bis um 11 Uhr, halb 12 Uhr“, erinnerte sich Wimmer 1960. „Das meiste waren ja Wohnungssachen“. <sup>65</sup> Insgesamt habe er als Oberbürgermeister 376 700 Briefe persönlich unterschrieben und 61 800 Personen hätten bei ihm vorgesprochen, legte er im Rechenschaftsbericht dar. Alle Besucher setzte er auf einen Stuhl neben sich hinter seinem Schreibtisch <sup>66</sup>, was sicherlich das unmittelbar, nicht hierarchisch geführte Gespräch zwischen Gast und Oberbürgermeister erleichterte. An Gesten solcher Art und an erfahrene konkrete Hilfestellungen erinnern sich heute noch die Älteren. So erzählt Hans-Jochen Vogel, sein späterer Amtsnachfolger, wie er 1950 oder '51 als blutjunger SPD-Ortsvereinsvorsitzender an Oberbürgermeister Wimmer schrieb und ihm die schlechten Straßenverhältnisse in der Freimann „Schießplatzsiedlung“, die in Eigeninitiative von ausgebombten Münchnern und Flüchtlingen erstellt worden war, schilderte und um Abhilfe bat. Als bald habe sich Wimmer gemeldet, habe dann zusammen

mit einem Beamten den Straßenzustand persönlich in Augenschein genommen und nach vier oder sechs Wochen geschah tatsächlich etwas.<sup>67</sup> Einen ähnlichen Erfolgsbericht von Wimmers unmittelbarem Einsatz gab 1987 Horst Salzmann, der spätere SPD-Fraktionsvorsitzende. Als Sprecher der Siedlung „Heideland“ in Waldperlach habe er im August 1950 Wimmer die unzulänglichen Wohnverhältnisse dargestellt, in der ausgebombte Münchner, Heimatvertriebene und junge Familien in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen sich einrichten mussten. Wimmer habe - entgegen dem ersten Rat aus der Verwaltung - Hilfe zugesagt. Dann wurde als Lösung gefunden, dass die Stadt das Gelände erwarb und einen Maßnahmeträger einsetzte. Ab November 1952 hätten die Bewohner nach und nach in menschenwürdige Heimstätten einziehen können.<sup>68</sup> Aus vielen solchen Erfahrungen und persönlichen Begegnungen speisten sich Anerkennung und Dankbarkeit. Dass Wimmer selbst all die Jahre immer der „einfache Mann“ geblieben ist, unverändert seinen bescheidenen Lebensstil pflegte, seiner Herkunft und seiner Auffassung treu blieb, trug nicht unwesentlich zu seiner Glaubwürdigkeit bei und förderte seine Beliebtheit. Noch heute wird zum Beleg von Wimmers Authentizität dessen Wahlspruch zitiert: „I bin, was i war und ich bleib, was i bin“<sup>69</sup>.

### **München – Stadt der Lebensfreude**

„München nennt man auch eine Stadt der Lebensfreude“, dozierte Wimmer anlässlich der feierlichen Amtseinführung von Hans-Jochen Vogel am 3. Mai 1960 im wiedererstandenen Alten Rathausaal. Und erläuternd führt der scheidende Oberbürgermeister aus, dass ihn Besucher aus den Reihen der Besatzungsmacht öfters angesprochen hätten: „Ihr jammert immer soviel, feiert aber trotzdem immer wieder Feste.“ Er habe dann geantwortet: „In München gibt es einige Zeitabschnitte, in denen der arbeitende Mensch auch einmal eine Freude haben will“.<sup>70</sup> Eben diese Feierfreude, Münchner Lebensart und Geselligkeit verstand Wimmer nach den schweren Jahren der Nachkriegszeit wieder anzukurbeln. Schon am Silvestertag 1948 ließ der Oberbürgermeister die Münchnerinnen und Münchner wissen, er begrüße und fördere alles, „was dazu angetan ist, den Münchner Fasching 1949 lebhaft und heiter zu gestalten, ... im kommenden Jahr die alte Münchner Fröhlichkeit zu erwecken“.<sup>71</sup> Wimmers Teilnahme an zahlreichen Faschingsfesten ist ebenso verbürgt wie seine Auftritte bei Maibock- und Salvatorproben, wo er sich immer wieder als „unübertroffener“ Volkssänger und Unterhalter zeigte.<sup>72</sup> Eine seiner volkstümlichen „Amtshandlungen“, die er selbst bis 1963 pflegte, aber wurde von jedem seiner Amtsnachfolger weitergeführt, nämlich das publikumswirksame Anzapfen auf dem Oktoberfest. 1950 zapfte Wimmer zum ersten Mal

das erste Fass Bier im Schottenhamel-Zelt an. Als Grund dafür führte er 1960 aus: „München hat eine Zeit gehabt, wo das Braugewerbe das zweitstärkste Gewerbe war und aus Freude und aus Dankbarkeit dem Schicksal, dass wir wieder ein richtiges Bier kriegen und wieder ein richtiges Oktoberfest“, da habe er zum Schottenhamel Senior gesagt „jetzt wird einmal praktisch der erste Hirsch von mir angestochen“.<sup>73</sup>

Dies war die Wimmersche Art, die Stadt zu repräsentieren. Er verließ sich auf sein Gespür, und Zweifler, ob dies für die Kulturstadt München passe, wie sie sich schon 1948 in der Süddeutschen Zeitung äußerten, beschied er: „Der Münchner wird kaum danach fragen, ob oana verziert redn ko, sondern ob er das Richtige tuat“.<sup>74</sup> Dieses tat Wimmer offensichtlich auch für die zahlreichen Gäste der Stadt, die in den fünfziger Jahren München offiziell besuchten. Ehbauer attestiert ihm für solche Anlässe ebenfalls den richtigen Ton: „Durch seine joviale Art des Ausdrucks nahm er dem Hochoffiziellen gleich die Härte der starren Etikette und brachte interne Unterredungen auf einen gemütlich-münchnerischen Nenner“.<sup>75</sup>

Zweifellos, Wimmer stand wie kein anderer in den fünfziger Jahren für die Werte der Stadt. Er wusste um ihre historisch gewachsene Identität und verteidigte den Wiederaufbau der Münchner Altstadt so, wie sie vor der Zerstörung im Wesentlichen bestanden hatte. Exemplarisch dafür steht der Erhalt des Alten Rathauses - allen modernistischen Bestrebungen und Verkehrsführungsargumenten zum Trotz, wie sie ab 1949 vorgebracht wurden. Das Richtfest für den „Alten Peter“, Münchens traditionsreichste Kirche, dort wo noch vor der Stadtgründung die Mönche gesiedelt hatten, wurde laut Michl Ehbauer „zum bedeutendsten Ereignis des Jahres“ 1951.<sup>76</sup> Der Oberbürgermeister verstand eben dieses Richtfest als identitätsstiftendes Ereignis zu zelebrieren. Blechmusikalisch begleitet prostete er beim Richtfestschmaus im Hofbräuhaus allen Gästen zu: „Solang der Alte Peter am Petersbergl steht, solang die grüne Isar durchs Münchner Stadtl geht, solang da drunt am Platzl no steht das Hofbräuhaus, solang stirbt die Gemütlichkeit bei de Münchner niemals aus“.<sup>77</sup> Damit traf er ins Herz der Münchner, denn der Refrain war quasi Münchens Hymne und noch Jahrzehnte trug der Bayerische Rundfunk ihre Auftaktmelodie als Pausenzeichen mehrmals täglich ins Land hinein.

### **„Rama dama“**

„Rama dama“ - unter dieses volkstümliche Motto wurde die Schutträumaktion am 29. Oktober 1949 gestellt. Sie ging auf eine Anregung der amerikanischen Besatzungsmacht

zurück und stand unter dem Protektorat von Oberbürgermeister Wimmer. An diesem Tag sollten Ehrenamtliche sich jener kleineren Schutthaufen auf Straßen und Plätzen der Stadt annehmen, die bei den behördlich organisierten Räumungsarbeiten bisher übergangen worden waren. Münchner Zeitungen und der Bayerische Rundfunk propagierten „Münchner helfen München“ und trugen entscheidend dazu bei, den erforderlichen Gemeinsinn zu mobilisieren. Gemessen an den rund neun Millionen Kubikmeter Schutt, die insgesamt in München zu beseitigen waren, und den im ganzen Jahr 1949 bewältigten 1,8 Millionen Schutt, nahmen sich die gezählten 15 360 Kubikmeter geräumten Schutts an diesem Tag als nicht eben viel aus. So lag der eigentliche Effekt des Aktionstages denn auch in der Mobilisierung der Bürger, Verantwortung für die Stadt zu übernehmen, und im Bestärken der öffentlichen Meinung, jetzt gehe es endlich aufwärts. Münchens Wiederaufbaureferent Helmut Fischer konstatierte: „Als außerordentlich positiv jedoch kann die Tatsache gewertet werden, dass sich aus Anlass des 29. 10. 1949 die gesamte Bevölkerung doch wenigstens einmal mit dem Problem der Trümmerräumung befasst hat.“<sup>78</sup>

Wimmer trat authentisch auch bei dieser Aktion auf - mit Schaufel, Schaber und gekonntem Mitschaufeln, ganz nach der Devise „g’lernt is g’lernt!“. Dies trug nicht wenig dazu bei, dass er fürderhin als Person untrennbar mit dieser Aktion verbunden wurde. Deren Losungswort „Rama dama“ wird ihm zugeschrieben. Für die Münchnerinnen und Münchner wurde es über den Anlass hinaus zur Botschaft von Wimmers enormem Beitrag beim notwendigen Aufräumen der Nazi-Hinterlassenschaft, die eben nicht nur aus Schuttbergen bestand. „Rama dama“ steht damit als Metapher für den demokratischen Wiederbeginn Münchens und seinen Wiederaufbau, die eindeutig mit Wimmer verbunden bleiben.

### **Volkswahl 1952**

In seiner „Volkstümlichkeit“ und „Eigenschaften des Hausvaters“ erkannten die Münchner Zeitungen den Grund für Wimmers unerwartet gutes Wahlergebnis bei der Kommunalwahl am 30. März 1952.<sup>79</sup> In dieser ersten Direktwahl konnte Wimmer 60,9 % der Stimmen auf sich vereinigen. Auch die SPD-Stadtratsfraktion profitierte von ihrem „Zugpferd“ und erreichte 38,7 % und damit 25 der jetzt auf 60 ausgeweiteten Stadtratssitze. Zwar leicht erholt, dennoch blieb die CSU mit 20,7 % und 13 Sitzen geschwächt. Gegenüber 1948 hatte die BP Image und Stimmen (nur noch 11,9 %) eingebüßt. 15 Sitze gingen an FDP, KPD, Münchner Block, BHE und Parteilose. Über die Wiederwahl Walther von Millers als zweiter Bürgermeister wurde die bisherige Zusammenarbeit von SPD und CSU erneut formal

besiegelt. Auch die Aufgabenverteilung zwischen Oberbürgermeister und seinem Stellvertreter blieb unverändert.

Kurz vor der Wahl (29. Januar 1952) und mit der Absicht, es würde auf Wimmers Kosten gehen, hatten CSU und BP das Kuriosum einer ehrenamtlichen Tätigkeit des Münchner Oberbürgermeisters und damit eine vierjährige Amtsperiode per Beschluss durchgesetzt.

Die neue Gemeindeordnung hatte die Stellung des Oberbürgermeisters gegenüber dem Stadtrat nicht grundlegend geändert, sie nur über die Legitimation durch die Wählerschaft stärker herausgehoben und damit einen gewissen Dualismus zwischen Stadtoberhaupt und Stadtparlament verstärkt. Der Oberbürgermeister ist Vorsitzender und stimmberechtigtes Mitglied des Stadtrats. Er bereitet die Tagesordnung vor und leitet die Sitzungen, ist aber an Mehrheitsentscheidungen des Stadtrates gebunden. Logischerweise betonte Wimmer immer wieder „den Primat der Entscheidungen des Stadtrats“<sup>80</sup> und sah sich im Sinne des Kollegialitätsprinzips als primus inter pares. Seine Kritiker in den Münchner Tageszeitungen setzten daher weniger an dieser Konstellation und Wimmers Amtsverständnis an, sondern an dessen Sitzungsleitung: „Er habe den Anspruch an eine geordnete Sitzungsleitung nicht immer erfüllen können“ und Unsicherheit in Geschäftsordnungsfragen gezeigt, so fasst Hanko die Stimmen der damaligen Kritiker zusammen.<sup>81</sup> Selbst bei Disziplinlosigkeiten auch seiner eigenen Fraktion greife der Oberbürgermeister nicht mit den Mitteln der Sitzungsleitung durch und vermeide, „Konsequenzen gegenüber Sitzungsstörungen und Geschäftsordnungsverstößen“ zu ziehen. Zwar beklagte Wimmer die „Debattierwut“, die „Flut der Anträge und Anfragen“, konnte dies aber - auch objektiv gesehen - nicht ändern. Nach entsprechenden Zeitungsberichten mag des öfteren über Wimmers Sitzungsleitung in der Öffentlichkeit gespöttelt worden sein. Doch dies dürfte weder seinem Ansehen noch der jungen Stadtdemokratie geschadet haben. Vielleicht gab es sogar einige Sympathie für Wimmers unautoritäre und wenig konsequente Führung des Stadtrates.

### **Dächer über den Köpfen schaffen**

Das größte Problem der unmittelbaren Nachkriegszeit war die geradezu katastrophale Wohnungsnot. Auch in den fünfziger Jahren blieb die unzulängliche Wohnraumversorgung der Einwohner Münchens die dominante stadtpolitische Herausforderung. Die Dramatik spricht aus den Zahlen, denn München hatte von seinen 262 000 Wohnungen 80 000 durch Kriegszerstörung ganz verloren, 100 000 waren schwer beschädigt. Viele der 529 000 Einwohner mussten zunächst praktisch obdachlos oder in Notunterkünften leben. Der rasante

Zuzug von Evakuierten, Heimatvertriebenen und Flüchtlingen - trotz formeller Zuzugssperre ab September 1945 bis in die fünfziger Jahre hinein - verschärfte die Wohnungsnot drastisch. In den fünfziger Jahren lockten zudem wirtschaftlicher Aufstieg und Arbeitsplätze die Menschen in die Stadt; bis 1960 wuchs die Zahl der Arbeitsplätze auf 635 000 gegenüber 413 000 vor dem Krieg.<sup>82</sup> So waren bereits zwei Jahre nach Kriegsende wieder rund 230 000 Menschen mehr in der Stadt gemeldet. Bis 1952 stieg die Einwohnerzahl auf 840 000 und nur vier Jahre später feierte München mit dem kleinen Thomas Seehaus seinen millionsten Einwohner. Die Zeitungen zeigten am 15. Dezember 1957 einen strahlenden Oberbürgermeister als Taufpaten mit dem Neugeborenen im Arm.

„Für den Wohnungsbau mussten große Anstrengungen gemacht werden, um die herrschende Wohnungsnot und das Wohnungselend einigermaßen zu steuern“ formulierte Thomas Wimmer lapidar im Abschlussbericht am 23. April 1960 und stellte ein aktuelles „Manko an Wohnung von rund 175 000 bis 180 000“<sup>83</sup> fest, unter Einbeziehung des schon vor dem Krieg gegebenen Fehlbestandes an 30 000 Wohnungen. Erneut forderte Wimmer von Bund und Land „raschestens eine finanzielle Sonderhilfe für den sozialen Wohnungsbau“, die München auf Grund seiner „anormalen Entwicklung in seiner Einwohnerzahl“ unverzüglich bräuchte. Zur Begründung verwies der scheidende Oberbürgermeister auf die zum 1. Januar 1958 gemeldeten 79 000 Sozialwohnungsberechtigten, die gegenüber 1954 um knapp 16 000 angestiegen waren.

Diese unerfreuliche Bilanz im Jahr 1960 schmälert dennoch keineswegs die erheblichen Anstrengungen der Stadt im Wohnungsbau mit 130 432 neuen Wohneinheiten, die in den Jahren 1948 einschließlich 1959 gebaut wurden, davon gut die Hälfte im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Die ersten Jahre bis 1948 war versucht worden, der drückendsten Wohnungsnot mit Wiederinstandsetzung und Notquartieren einigermaßen Herr zu werden, freilich nur unzulänglich. Mit dramatischen Worten beschrieb Thomas Wimmer zum Beispiel seinen Landtagskollegen am 23. September 1948 die 16 000 Wohnräume in München, nicht größer als 12 bis 18 Quadratmeter, in denen sechs und mehr Personen Tag und Nacht hausen müssten.<sup>84</sup> Erst nach dem Jahr 1948 und insbesondere nach erfolgter Währungsreform konnten Maßnahmen für Wiederaufbau und vor allem für Wohnungsneubau ergriffen werden. Bereits ab 1949 konnte die Stadt staatliche und auch eigene Fördermittel im sozialen Wohnungsbau einsetzen. Wimmer stritt im Landtag heftig für ein höheres staatliches Fördervolumen, denn dieses müsse sich anteilig an der erfolgten Zerstörung und der aktuellen

Notlage ausrichten. Tatsächlich aber erhalte München „auf Grund des neuen Verteilungsschlüssels für die zerstörten Städte .... mit den 19 Punkten zu wenig“. Bei den städtischen Haushaltsberatungen habe daher die Stadt zusammenkratzen müssen, „was nur ging“, damit sie zu den „Mitteln, die sie vom Bayerischen Landtag bekommen hat, etwas zubuttern“ konnte - immerhin 3,8 Millionen Mark.<sup>85</sup>

Jedenfalls konnten bis Ende 1951 mit Hilfe von rund 83 Millionen staatlicher und rund 20 Millionen DM städtischer Fördermittel 16.683 Wohnungen neu gebaut und knapp 2 000 erhalten werden. Die Anstrengungen, die Wohnungsnot mit dem Bau neuer, größerer Siedlungen an den Stadträndern Münchens zu bewältigen, mussten noch erheblich erhöht werden. Sie zeitigten beachtliche Ergebnisse: Im Juli 1953 wurde die Wohnanlage am Harthof eingeweiht, dann folgte 1954 mit ersten Wohnhochhäusern die Siemens-Siedlung in Obersendling und 1956 war die Parkstadt Bogenhausen mit 1960 Wohneinheiten fertiggestellt. Ende der fünfziger Jahre kam die Wohnanlage Fürstenried-Ost dazu, es wurde sogar eine „Entlastungsstadt“ in Oberschleißheim sowie Neuperlach in den Blick genommen. Ganz konkret bereiteten Stadtrat und Stadtverwaltung planerisch und finanziell die Siedlung am Hasenberg vor, für die Wimmers Nachfolger Vogel am 25. Mai 1960 den Grundstein legte.

Oberbürgermeister Wimmer hat sich mit Verve hinter die städtische Wohnungsbaupolitik gestellt, nur zu gut kannte er die Not der Wohnungssuchenden aus seinen Bürgersprechstunden. Zur Förderung des Wohnungsbaus „sei ihm jedes Mittel recht“, ließ er 1949 Stadtrats- und Landtagskollegen wissen.<sup>86</sup> Jedoch wurde unter seiner Führung keine übergreifende Wohnungsbedarfsplanung entwickelt und davon die einzelnen größeren Siedlungsmaßnahmen abgeleitet. Noch heute sagen Kritiker, man habe damals halt gebaut, wo der Zugriff auf Grundstücke günstig war und es schnell gehen konnte. Noch im Jahr 1960 ließ Wimmers Nachfolger Hans-Jochen Vogel einen Gesamtplan zur Behebung der Wohnungsnot erarbeiten, der als ehrgeizige quantitative Zielvorgaben 48 000 öffentlich geförderte und 75 000 freifinanzierte Wohnungen benannte.<sup>87</sup>

### **Wiederwahl und Konflikt mit der Fraktion**

Der Kommunalwahl am 18. März 1956 war eine lärmende Kampagne gegen Oberbürgermeister Wimmer vorausgegangen, die in einem Artikel der Abendzeitung vom 17. Dezember 1955 mit der diffamierenden Aussage gipfelte: „München braucht einen

Oberbürgermeister, der nicht nur Anzapfen kann, der nicht nur Musikkapellen beim Münchner Oktoberfest oder am Nockherberg dirigiert, München brauchen einen Bürgermeister, der die Stadt würdig vertritt und endlich Ordnung im Rathaus schafft.“ Einen gewissen Vorschub zu dieser Kampagne hatte Wimmer selbst gegeben. So hatte er den Streit zwischen dem Wiederaufbaureferenten Helmut Fischer und dem Stadtbaurat Prof. Dr. H. Högg nicht zu unterbinden vermocht. Auch die Zustimmung zum Antrag der CSU, mit dem diese im November 1955 versucht hatte, Wimmers Fraktionskollegen und einflussreichen Stadtrat Rudolf Bösl (Koreferent des Personalreferates und Verwaltungsbeirat des Revisionsamtes, zugleich beruflich Stadtdirektor im Kreisverwaltungsreferat), per Beschluss seiner Ämter zu entheben, hatte den Oberbürgermeister in Erklärungsnot gebracht. Andererseits zollte ihm so mancher in der Öffentlichkeit Verständnis für sein Abstimmungsverhalten, denn Bösl war innerparteilich Wimmers härtester Kritiker. Gleichwohl schrieb der Münchner Merkur am 30. November 1955, der Oberbürgermeister könne den Stadtrat nicht mehr „bändigen“<sup>88</sup>

Wie die Kommunalwahl bewies, teilte die große Mehrheit der Münchner Wählerschaft keineswegs die kritische Haltung der Medien zum Stadtoberhaupt. Erneut wählte sie Wimmer mit 58,3 % zum Oberbürgermeister. Der CSU-Kontrahent, Otto Seemüller, der immerhin als „starker“ Kandidat galt, erhielt dagegen nur 38,1 %. Für die SPD-Fraktion hatte erfreulicherweise der Aufwärtstrend der letzten Wahlen angehalten. Sie erreichte bei der Stadtratswahl 43,1 % und damit 28 von den jetzt insgesamt 60 Stadtratssitzen. Mit 25,2 % und 16 Mandaten blieb die CSU abgeschlagen. BP, FDP, KPD, Münchner Block, GB/BHE und Parteilose teilten sich die übrigen 16 Sitze.

Wimmer wollte die Zusammenarbeit mit der CSU fortführen, ganz entgegen den Vorstellungen seiner Fraktion und der Münchner SPD. Sie strebten ein Fraktionsbündnis aus SPD, BP, FDP und GP/BHE gemäß der Viererkoalition auf Landesebene mit Ministerpräsident Wilhelm Hoegner an. Erwin Hielscher (SPD), Stadtkämmerer, zog im Hintergrund für ein neues Bündnis die Fäden. Mit Wimmer aber kam es darüber zu einem tiefgehenden Konflikt. Er weigerte sich auch, an den Koalitionsgesprächen der vier Fraktionen teilzunehmen und glaubte sogar, über die geheime Abstimmung bei der Bürgermeisterwahl doch noch den CSU-Kandidaten als seinen Vertreter durchbringen zu können. Die Stadtratsmehrheit aber wählte Adolf Hieber (BP), Inhaber einer alteingesessenen Münchner Musikalienhandlung, als zweiten Bürgermeister und verzichtete erneut auf einen

dritten Bürgermeister. Die neue Mehrheit nahm auch Veränderungen in der Führung der Stadtverwaltung vor: Für das neu geschaffene Werkreferat, abgespalten aus dem Betriebsreferat, wählte sie Anton Riemerschmid, der der FDP zugerechnet wurde. Erstmals erhielt die Stadt ein eigenständiges Kulturreferat, dessen Referent der bisherige Feuilletonchef des Münchner Merkurs, Herbert Hohenemser, wurde. Entgegen den Vorstellungen Wimmers wurde unter der Führung Helmut Fischers das Stadtbauamt mit dem Wiederaufbaureferat zusammengelegt.

Hatte sich Wimmer bis zu den Entscheidungen im neu gewählten Stadtrat gegen seine Fraktion gestellt, nahm er danach die geschaffene Sachlage loyal hin und suchte in der Stadtführung eine gedeihliche Zusammenarbeit, insbesondere auch mit Bürgermeister Hieber. Das gute Verhältnis mit den der CSU angehörenden Referenten setzte er fort, zumal es bei Anton Fingerle und Erwin Hamm schon seit 1945 währte.

Ein allseits versöhnendes Zeichen war die Ernennung Thomas Wimmers zum Münchner Ehrenbürger am 7. Januar 1957, sie war einstimmig befürwortet worden. In seiner Dankesrede beschwor Wimmer die Einigkeit des Stadtrats. Seine Worte hätte er gut mit der Bayerischen Gemeindeordnung begründen können, die für die kommunale Ebene die Zusammenarbeit der politischen Kräfte verlangt - ungeachtet der im politischen Alltag oft gegebenen polarisierenden Praxis.

Binnen zweier Jahre änderte sich die politische Konstellation auf der Landesebene: Mit dem Austritt der BP war im Oktober 1957 die Viererkoalition beendet und Wilhelm Hoegner ohne Mehrheit; eine neue Koalition aus CSU, FDP und GB/BHE bildete dann die Regierung. Als 1958 die Referentenwahlen in München anstanden, entschied sich der Stadtrat für eine alle maßgeblichen politischen Kräfte umfassende Referentenriege und damit auch für die Wiederwahl der „CSU-Referenten“. Hans-Jochen Vogel, Wimmers späterer Nachfolger, wurde neuer Rechtsreferent.

Doch nicht erst mit dieser Personalentscheidung begann die Diskussion über Wimmers Nachfolge in München. Schon im Herbst 1956 hatten Spekulationen über mögliche SPD-Oberbürgermeisterkandidaten eingesetzt. Insbesondere Wimmers eigene Partei war von dessen Verzicht auf eine neuerliche Kandidatur ausgegangen.<sup>89</sup>

Diese Diskussion mag Wimmer ebenso gekränkt haben wie zuvor der Beschluss des Stadtrats, als dieser auf Antrag der SPD im Frühjahr 1955 entschieden hatte, aus Kostengründen den übernächsten Wahltermin von Stadtrat und Oberbürgermeister im Jahr 1960 zusammenzulegen. Mit dieser Festlegung auf eine vierjährige Amtszeit war zugleich entsprechend der damaligen gesetzlichen Regelung entschieden, Oberbürgermeister Wimmer würde auch nach seiner Wiederwahl 1956 ehrenamtlich tätig sein.<sup>90</sup> 1958 kündigte Wimmer selbst seinen Verzicht auf eine neuerliche Kandidatur zum Oberbürgermeister im Jahr 1960 an.<sup>91</sup>

### **Referentenrepubliken**

Während seiner zwölfjährigen Amtszeit als Oberbürgermeister gestand Wimmer den städtischen Referenten eine weitreichende kommunalpolitische Gestaltung zu und ließ sie am lockeren Zügel arbeiten. Viele waren seit 1945 oder 1946 im Amt und leisteten Hervorragendes, wie auch Hans-Jochen Vogel rückblickend urteilte. Sie hätten unter Thomas Wimmer „ein so großes Maß an Unabhängigkeit (genossen), dass in den Zeitungen ganz offen von Referentenrepubliken gesprochen wurde“<sup>92</sup>. Damit verweist Vogel indirekt auf die Bayerische Gemeindeordnung, die den Oberbürgermeister zum obersten Chef der gesamten städtischen Verwaltung bestimmt und ihm eine klare Führungsfunktion gegenüber den Referenten zuweist.

Doch gegenüber seinen sogenannten Stadtministern wollte Thomas Wimmer nicht in der Rolle des obersten Stadtmanagers auftreten, der koordiniert, in die Abläufe eingreift und machtvoll Entscheidungen beeinflusst. Wimmer bejahte auch innerlich die Eigenverantwortung der Referenten, wie 1953 einer Antwort auf entsprechende Vorhaltungen im Stadtrat zu entnehmen ist: „Ein demokratisch eingestellter Mann wie ich, liebt nicht die Art und Weise, ... dass nur ein Referent gefällt, der nach der Pfeife des Oberbürgermeisters tanzt.“<sup>93</sup> Wimmer vertraute daher auf die Tüchtigkeit „seiner“ Referenten und suchte im gegebenen Falle das offene Wort für den Abgleich. Dort, wo er Positionen eines Referenten partout nicht teilte, taktierte er geschickt, oft mit Finanzargumenten und setzte so seinen Widerstand entgegen. Geradezu legendär ist Wimmers hartnäckige Verweigerung, einer Verkehrsschneise durch die heutige Fußgängerzone über den Marienplatz bis ins Tal zuzustimmen. (Die Geschichte hat Wimmer hier längst recht gegeben.) Der Wiederaufbaureferent Helmut Fischer propagierte eine solch freie Verkehrsführung unter Inkaufnahme des Abrisses des schwer bombenbeschädigten Alten Rathauses. Der

Oberbürgermeister aber akzeptierte keineswegs irgendwelche angeblichen verkehrlichen Notwendigkeiten, sondern führte vielmehr finanzielle Gründe ins Feld: „Ich bin für die Erhaltung des Alten Rathauses, weil es ein historischer Bau in einer historisch gewachsenen Stadt ist. Die Aufwendung für die Wiederherstellung ist nicht allzu hoch, der Abbruch käme uns auch nicht billig“.<sup>94</sup> Für die veranschlagten Abbruchkosten könne immerhin der Festsaal für Repräsentationszwecke einigermaßen wieder hergestellt werden.<sup>95</sup>

Oberbürgermeister Wimmer war ein allseits anerkannter Meister der Improvisation und Intuition. Damit stieß er ab Mitte der fünfziger Jahre an gewisse Grenzen, nämlich dann als der erste Wiederaufbau bewältigt war und Zuzugsdruck sowie rasantes Wachstum des Individualverkehrs ein Mehr an Koordination durch die Stadtspitze und den Stadtrat verlangten. Möglicherweise wäre in einigen Politikbereichen ein anderer Führungsstil als der Wimmers effizienter gewesen und hätte rascher zu Lösungen geführt. Zu denken ist hier vor allem an die sich zuspitzenden Münchner Verkehrsprobleme und Herausforderungen im Öffentlichen Nahverkehr. Zwar wurden diese ab 1952 und intensiv ab 1956 im Münchner Stadtrat im Zusammenhang mit dem Allgemeinen Verkehrsplan für die Stadt diskutiert und eine Lösung für die Massenverkehrsmittel Straßenbahn und „Unterpflasterbahn“ auf den Hauptachsen gesucht. Aber der sogenannte „Trassenstreit“ blieb bis 1960 in der Schwebe und wurde erst von Wimmers Nachfolger Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel einvernehmlich mit Stadtrat, Bund und Freistaat Bayern gelöst. In ihm ging es vornehmlich darum, ob die unterirdische Verbindung zwischen Hauptbahnhof - Marienplatz - Ostbahnhof durch eine „Unterpflasterbahn“ und damit von der Stadt selbst oder von der Bundesbahn in deren Zuständigkeit und damit als Zugverbindung entstehen und betrieben werden sollte.

Alles in allem ist München in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren mit Wimmers Politikstil und seiner großen Begabung für ad-hoc-Lösungen sehr gut gefahren. Als „Hausvater“ hatte er die Stadtfinanzen stets im Blick und erreichte bald nach der Währungsreform zusammen mit Stadtkämmerer Erwin Hielscher eine solide und stabile Haushaltslage. Mit aller Leidenschaft legte Wimmer dem Stadtrat ein letztes Mal Ende April 1960 die Entwicklung der städtischen Finanzen während seiner Amtszeit dar. Anhand eines wahren Feuerwerks an Zahlen beschrieb er die schwierige Konsolidierungsphase nach der Währungsreform, das Anwachsen der Aufgaben und damit der Ausgaben, die Verdreifachung des Haushaltsvolumens in nur einem Jahrzehnt und begründete den städtischen Schuldenstand vor dem Hintergrund der Vermögenslage der Stadt und unabweisbarer Investitionen. Immer -

so beteuerte er - sei er „in erster Linie darauf bedacht gewesen, dass nicht nur geplant wird, sondern dass zuallererst die finanziellen Grundlagen für die Durchführung der geplanten Maßnahmen gesichert sind“.<sup>96</sup>

Dennoch hat Wimmer auch beachtlichen Mut zum finanziellen Risiko bewiesen. Als die Militärregierung im Mai 1948 von der Stadtführung eine sofortige Entscheidung verlangte, ob sie den bis dahin von ihr beschlagnahmten Flughafen München-Riem in die eigene Verwaltung übernehmen wolle, befürwortete er diese Übernahme nachdrücklich, obwohl nicht abschätzbar war, welche Lasten dadurch auf die städtischen Finanzen zukämen. Der Umstand, dass die Militärregierung zunächst jede Kooperation mit dem Freistaat Bayern beim Betrieb des Flughafens untersagte, erhöhte dieses Risiko beträchtlich. Erst im folgenden Jahr und unter der Anforderung, die Startbahn stabil befestigen zu müssen, konnten Stadt und Freistaat unbehindert eine Flughafenbetriebsgesellschaft gründen und ein Darlehen von 4 Millionen DM aufnehmen.<sup>97</sup>

Zweifellos war dieser Einsatz Wimmers ebenso „ausgesprochen vorausschauend“ für Münchens Wirtschaft wie 1948 der für die Verlegung des Deutschen Patentamtes.<sup>98</sup> Im Jahr 1949 - und auch das war eine entscheidende Weichenstellung für Münchens wirtschaftliche Entwicklung - verlegte das Unternehmen Siemens & Halske AG seinen Hauptsitz von Berlin nach München. Hans-Jochen Vogel berichtet, dass noch in den sechziger Jahren die „Geschichte“ vom guten Einvernehmen zwischen Thomas Wimmer und Ernst von Siemens im Rathaus die Runde machte, das für die Verlagerung des Unternehmens nach München höchst hilfreich gewesen sei. Ernst von Siemens, ab 1948 Vorstandsmitglied, liebte München wegen der Nähe zum Gebirge und hatte hier früh auch eine Wohnung. Gelegentlich habe er ab 1945 Wimmer in seiner Amtsstube aufgesucht und als absehbar war, Siemens würde aus Berlin weggehen, hätten beide - jeder auf seiner Seite - auf höchst informellem Wege Einfluss auf die Entscheidung genommen. Für den Wahrheitsgehalt der „Geschichte“ spricht Ehbauers Hinweis auf etwaige Bedenken in der Verwaltung, Münchens Wohnungsnot könnte mit der Übersiedlung der Siemensianer verschärft werden. Wimmer habe entschieden: „Wir wollen die Industrie, denn wir brauchen Arbeit“.<sup>99</sup> Viele Unternehmen sind dann Siemens nach München gefolgt oder in dessen Umkreis neu entstanden. Das bald nach 1945 rekonstruierte Münchner Messewesen - die Messehallen waren total zerstört gewesen - trug gleichfalls dazu bei, dass München in den fünfziger Jahren zu einem erfolgreichen Gewerbe- und Industriestandort aufstieg mit steigendem Bedarf an qualifizierten Beschäftigten. Die

aufwärtsstrebende Kraftfahrzeugindustrie tat ein Übriges. Zählte München im Jahr 1950 immerhin bereits 420 000 Arbeitsplätze, so erreichte die Stadt 1964 die stolze Zahl von rund 700 000 Arbeitsplätzen. Der Gesamtumsatz der Münchner Wirtschaft vervielfachte sich in den fünfziger Jahren, nämlich von 6 Milliarden im Jahr 1950 auf 22 Milliarden DM im Jahr 1960.<sup>100</sup>

### **Ausklang**

„Du bist ein rechter Mann und ein gutes Stück München“, ließ Münchens Karikaturistin Franziska Bilek das Münchner Kindl zum Abschied zu Thomas Wimmer sagen.<sup>101</sup> Doch die Münchnerinnen und München wussten schon auch selbst, was sie am scheidenden Oberbürgermeister gehabt hatten und zeigten ihre große Zuneigung. So fanden sich in wenigen Tagen mehr als 27 000 Unterschriften, zum Teil mit rührenden Bemerkungen, in den aufgelegten Dankadressbüchern. Am 3. Mai 1960 strömten die Bürger zu Zehntausenden zum Marienplatz, um Thomas Wimmer geradezu Ovationen zu bereiten. Möglicherweise feierten sie ihn mit einer wehmütigen Grundmelodie, weil sie spürten, mit Wimmers Abschied aus dem Amt geht in München die Nachkriegszeit endgültig zu Ende. Die Stadt würde sich künftig stärker verändern, würde mehr Tribut an verkehrliche Lösungen und wirtschaftliche Herausforderungen leisten müssen.

Zweifelsfrei personifizierte Thomas Wimmer die „Weltstadt mit Herz“. Dieser Slogan für München wurde zwar erst 1962 über die Ausschreibung eines Wettbewerbes in der Süddeutschen Zeitung geprägt, doch er nahm trefflich das Lebensgefühl der späten fünfziger Jahre auf. Am 3. Mai 1960 versicherte Wimmer denn auch seinen Zuhörern auf dem Marienplatz: „Mein ganzes Sein gehört dieser Stadt. München soll München bleiben“.<sup>102</sup>

Dass München nach all den Kriegszerstörungen, trotz der rasanten Bevölkerungsentwicklung und dem stürmischen Wirtschaftsaufschwung München geblieben ist und sich beim Wiederaufbau verfremdenden Modernismen versagte, daran hat Thomas Wimmer einen wesentlichen Anteil. Die Stadt hatte - wie Hanko so treffend urteilt - beim Aufstieg zur Millionenstadt dem Risiko, „Allerweltsstadt“ zu werden, widerstanden. „In dieser Bewahrung der Münchner Eigenart lag das unschätzbare Verdienst Wimmers“.<sup>103</sup>

Altobürgermeister Wimmer - der Titel wurde ihm vom Stadtrat alsbald verliehen - war fortan nur noch Zuschauer bei Münchens Kommunalpolitik. Nach wie vor erfuhr er große

Anerkennung und oft noch begeisterte Zustimmung von der Bevölkerung, wenn er sich bei Faschingsfesten oder beim Salvatoranstich sehen ließ, in der Festkutsche beim Oktoberfestzug mitfuhr oder bis 1963 auf der Wies'n anzapfte. An den offiziellen Veranstaltungen der Stadt nahm er weiter gerne als Gast teil. Michl Ehbauers Biografie autorisierte er noch und ließ ihn wissen, dass er „in der unterirdischen Stadtbahn“ gern no mitfahrn möcht“, „wenn i's derleb“.

Nein, die erste S-Bahn- oder U-Bahnfahrt in München konnte er nicht mehr erleben. Seine Gesundheit war schon beim Ausscheiden aus dem Amt angeschlagen. Mehrmals musste er sich mit kurzen Krankenhausaufenthalten auskurieren. Am 7. Januar 1964, seinem 77. Geburtstag, genoss er in launiger Stimmung noch die Aufwartung, die ihm sein Amtsnachfolger, Oberbürgermeister Vogel, mit seinen beiden Stellvertretern machte. Es gab keine Anzeichen, dass es mit ihm „schnell gehen könnte“. Danach kam er nochmals ins Krankenhaus zur Beobachtung, fühlte sich aber durchaus wohl.

Am 18. Januar 1964 verschied er, im Stuhl sitzend und auf sein Mittagessen wartend. „Ein gnadenvoller Tod, gegen den er nicht zu kämpfen brauchte“, habe sein Gesicht gezeichnet - wird berichtet.<sup>104</sup> Ein letztes Mal war er im Rathaus, dieses Mal zur Verabschiedung für die Bevölkerung aufgebahrt. Von dort aus begleitete ihn ein großer Trauerzug zum Ostbahnhof. Max Zistl, als Stadtpfarrer langjähriger Nachbar zum Rathaus, segnete ihn ein. Bei den alteingesessenen Münchnern aber machte ein origineller Spruch die Runde: „So a'n Wimmer kriagn ma nimmer!“.

## Endnoten

---

- <sup>1</sup> Rundfunkgespräch mit Thomas Wimmer, aufgezeichnet im September 1960, gekürzt als Hörbuch veröffentlicht (im folgenden abgekürzt: Wimmer, Rundfunkgespräch).
- <sup>2</sup> Freisleider, Franz, Süddeutsche Zeitung, 10.7.1998.
- <sup>3</sup> Schmid, Ludwig, Freundliche Erinnerungen an Altoberbürgermeister Thomas Wimmer, Dezember 1980 (Eigenverlag) (im folgenden abgekürzt: Schmid).
- <sup>4</sup> Wimmer, Rundfunkgespräch.
- <sup>5</sup> ebd.
- <sup>6</sup> ebd.
- <sup>7</sup> Münchner Merkur, 15./18.1.1974, zit. nach Hanko, Helmut M., Thomas Wimmer 1887 - 1964. Entwicklung und Weg eines sozialdemokratischen Kommunalpolitikers, München 1977 (im folgenden abgekürzt: Hanko, Biografie), S. 2.
- <sup>8</sup> Schmid.
- <sup>9</sup> Wimmer, Rundfunkgespräch.
- <sup>10</sup> ebd.
- <sup>11</sup> ebd.
- <sup>12</sup> Ehbauer, Michl, Thomas Wimmer. Ein Lebensbild, München 1964, S.24 (im folgenden abgekürzt: Ehbauer).
- <sup>13</sup> Vogel, Hans-Jochen, Die Amtskette. Meine 12 Münchner Jahre, München 1972 (im folgenden abgekürzt: Vogel), S. 18.
- <sup>14</sup> Hanko, Biografie, S. 7.
- <sup>15</sup> ebd., S. 7.
- <sup>16</sup> Wimmer zit. nach Hanko, Helmut M., Thomas Wimmer, in: Richard Bauer (Hrsg.), Thomas Wimmer und sein München. Eine Stadt im Aufbau, 1948 - 1960, München 1989, S. 9 ff. (im folgenden abgekürzt: Hanko, Aufsatz), S. 12.
- <sup>17</sup> ebd., S. 15.
- <sup>18</sup> vgl. Wimmer, Rundfunkgespräch und Butry, Walter, Thomas Wimmer. Münchner Porträts, München 1958, S. 6.
- <sup>19</sup> vgl. hier und im folgenden: Kritzer, Peter, Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918 bis 1923, München 1969 und Hanko, Biographie, S. 17.
- <sup>20</sup> Hanko, Biografie, S. 21.
- <sup>21</sup> Protokoll des Vorbereitenden Verfassungsausschusses, vgl. Kronawitter, Hildegard, Wirtschaftskonzeptionen und Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie in Bayern 1945 - 1949, München 1988, S. 74.
- <sup>22</sup> Wimmer, Rundfunkgespräch.
- <sup>23</sup> Hanko, Biografie, S. 17.
- <sup>24</sup> Hanko, Aufsatz, S. 13.
- <sup>25</sup> ebd., S. 18.
- <sup>26</sup> zitiert nach Hanko, ebd., S. 17.
- <sup>27</sup> Wimmer, Rundfunkgespräch.
- <sup>28</sup> Hanko, Aufsatz, S. 19.
- <sup>29</sup> ebd., S. 19.
- <sup>30</sup> Hanko, Aufsatz, S. 20, vgl. im folgenden ebd.
- <sup>31</sup> Hoegner, Wilhelm, Der schwierige Außenseiter, München 1959, S. 120.
- <sup>32</sup> Wimmer, Rundfunkgespräch.
- <sup>33</sup> Wimmer, 1960, zit. nach Ehbauer, S.127.
- <sup>34</sup> Hanko, Biografie, S. 108.
- <sup>35</sup> Wimmer, Thomas, Abschlussbericht am 26. 4. 1960, in: Richard Bauer (Hrsg.), Thomas Wimmer und sein München. Eine Stadt im Aufbau, 1948 - 1960, München 1989), S. 35 ff. (im folgenden abgekürzt: Wimmer, Abschlussbericht), S. 35.
- <sup>36</sup> Wimmer, Rundfunkgespräch.
- <sup>37</sup> zit. nach Hanko, Biografie, S. 110.
- <sup>38</sup> Allmer, Max, Parteibüro geheizt mit Stiegegeländer, in: Schröder, Michael (Hrsg.), Auf geht's: Rama dama!, Köln 1984, S. 52.
- <sup>39</sup> vgl. Kronawitter, Wirtschaftskonzeptionen, S. 7 ff., speziell S. 9.
- <sup>40</sup> Schattenhofer, Michael (Hrsg.), Chronik der Stadt München 1945 - 1948, München 1980 (im folgenden abgekürzt: Chronik), S.67.
- <sup>41</sup> zit. nach Hanko, Biografie, S.110.
- <sup>42</sup> Chronik, S. 214.
- <sup>43</sup> Hanko, Aufsatz, S. 23.
- <sup>44</sup> zit. nach dem Bericht von Stadtrat Hans Schemm, Erinnerungen an Thomas Wimmer, in: Richard Bauer (Hrsg.), Thomas Wimmer und sein München. Eine Stadt im Aufbau, 1948 - 1960, München 1989), S. 51.

- 
- <sup>45</sup> Stenographische Berichte Bayerischer Landtag (im folgenden abgekürzt: StBBL), S. 646.
- <sup>46</sup> ebd., S. 647.
- <sup>47</sup> StBBL, 25. 6. 1947, S. 648 und S. 588 f.
- <sup>48</sup> zit. nach Ehbauer, S. 53.
- <sup>49</sup> Hanko, Biographie, S. 122.
- <sup>50</sup> StBBL, S. 176 f.
- <sup>51</sup> zit. nach Hanko, Biographie, S. 123.
- <sup>52</sup> Wimmer, Abschlussbericht, S. 36.
- <sup>53</sup> Stenographische Berichte des Verfassungsausschusses, im folgenden abgekürzt: StBVA, 30.7.1946 und Hanko, Biografie, S. 138 f.
- <sup>54</sup> StBVA, 26. 7. 1947.
- <sup>55</sup> StBBL, 22. 10. 1947, S. 29.
- <sup>56</sup> Wimmer, Abschlussbericht, S. 44.
- <sup>57</sup> vgl. z.B. StBBL, 21.7.48, S. 1643
- <sup>58</sup> Gabert, Volkmar, Erinnerungen an Thomas Wimmer, in: Richard Bauer (Hrsg.), Thomas Wimmer und sein München. Eine Stadt im Aufbau, 1948 - 1960, München 1989 (im folgenden abgekürzt: Gabert), S. 52 f.
- <sup>59</sup> StBBL, 30.5.1947, S. 532.
- <sup>60</sup> Hanko, Aufsatz, Kapitelüberschrift, S. 31.
- <sup>61</sup> Chronik, S. 367.
- <sup>62</sup> Hanko, Helmut M., Die Ära Thomas Wimmer und Hans Jochen Vogel, in: 100 Jahre SPD im Münchner Rathaus, München 1994, S. 97 ff., S. 103.
- <sup>63</sup> Ehbauer, S. 119.
- <sup>64</sup> Hanko, Biografie, S. 150.
- <sup>65</sup> Wimmer, Rundfunkgespräch.
- <sup>66</sup> Vogel, S. 13.
- <sup>67</sup> Vogel, (persönliches?) Gespräch am 30. 8. 2007.
- <sup>68</sup> Preis, Kurt, Erinnerungen an Thomas Wimmer, in: Richard Bauer (Hrsg.), Thomas Wimmer und sein München. Eine Stadt im Aufbau, 1948 - 1960, München 1989), S. 48f.
- <sup>69</sup> Gabert, S. 60.
- <sup>70</sup> Stadtratsprotokoll, 3. 5. 1960.
- <sup>71</sup> zit. nach Ehbauer, S. 65.
- <sup>72</sup> ebd., S.102.
- <sup>73</sup> Wimmer, Rundfunkgespräch.
- <sup>74</sup> zit. nach Ehbauer, S. 60.
- <sup>75</sup> ebd., S. 67.
- <sup>76</sup> Ehbauer, Seite 79 (Ehbauer war Richtfestsprecher gewesen.).
- <sup>77</sup> zit. nach Ehbauer, S. 80.
- <sup>78</sup> zit. nach Nina A. Krieg, „Rama dama“ – „Munich at work“, in: Friedrich Prinz und Maria Krauss (Hrsg.), Trümmerleben, München 1985, S. 176.
- <sup>79</sup> zit. nach Hanko, Biografie, S. 173.
- <sup>80</sup> ebd., S. 112.
- <sup>81</sup> zit. nach Hanko, Biografie, S. 154 f. (Hanko teilt die Meinung der Kritiker.).
- <sup>82</sup> Vogel, S. 32.
- <sup>83</sup> Wimmer, Abschlussbericht, S. 42, im folgenden ebd. S. 42 ff.
- <sup>84</sup> StBBL, 23. 9. 1948, S.116.
- <sup>85</sup> StBBL, 13. 6. 1950, S. 507.
- <sup>86</sup> zit. nach Hanko, Biografie, S. 165.
- <sup>87</sup> Vogel, S. 54 f.
- <sup>88</sup> zit. nach Hanko, Biografie, S.174.
- <sup>89</sup> ebd., S. 181.
- <sup>90</sup> ebd., S. 178.
- <sup>91</sup> Hanko, Aufsatz, S. 33.
- <sup>92</sup> Vogel, S. 21.
- <sup>93</sup> zit. nach Hanko, Biografie, S. 159.
- <sup>94</sup> zit. nach Ehbauer, S. 68.
- <sup>95</sup> Hanko, Aufsatz, S. 30.
- <sup>96</sup> Wimmer, Abschlussbericht, S. 40.
- <sup>97</sup> Hanko, Biografie, S. 168.
- <sup>98</sup> Hanko, Aufsatz, S. 30.
- <sup>99</sup> Ehbauer, S. 59.

---

<sup>100</sup> Vogel, S. 32.

<sup>101</sup> zit. nach Ehbauer, S. 130.

<sup>102</sup> zit. nach Ehbauer, S. 129.

<sup>103</sup> Hanko, Aufsatz, S. 33.

<sup>104</sup> Ehbauer, S. 136.